Nr. 193. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 19. August 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorjährigen Parteitages findet der diesjährige in Stuttgart statt.

Auf grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Montag, den 3. Oktober

nach **Stuttgart** in den Dinkelacker'schen Saalbau, Hohenstaufen- und Tübingerstraße, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Montag, den 3. Oktober, morgens 9 Uhr und die folgenden Tage:

1. Konstituirung des Parteitages. Wahl des Bureaus. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
   Berichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrolleure.
   Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
   Berichterstatter: E. Wurm.
5. Die Maifeier 1899.
   Berichterstatter: W. Pfannkuch.
6. Die deutsche Zoll- und Handelspolitik.
   Berichterstatter: M. Schippel.
7. Anträge zum Programm und zur Organisation.
8. Sonstige Anträge.

Für Sonntag, den 2. Oktober, ist seitens der Stuttgarter Parteigenossen eine Empfangs- und Begrüßungsfeier vorgesehen. Dieselbe findet nachmittags 3 Uhr, im

Zirkus, Marienplatz, statt.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegirten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen spätestens den 15. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW, Katzbachstr. 91

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts" veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, falls sie zur Veröffentlichung und Berathung gelangen sollen.

Die Adresse des **Lokalkomitees** ist:

Karl Sperka, Stuttgart, Weißenburgstr. 10.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mittheilung zu machen, damit dieses in bezug auf Quartier 2c. die nothwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Versendung am 1. September begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse

J. Auer, Berlin SW., Katzbachstr. 91

zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts" noch in der dem Parteitag vorzulegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitage entweder persönlich zu vertreten oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Presse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 18. August 1898.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

1823 1898
Amerika und Europa.

Gerade 75 Jahre sind es in diesen für Spanien und die Vereinigten Staaten so denkwürdigen, ja Epoche machenden Tagen, daß die Monroe-Doktrin proklamirt wurde. Würde dieser Gedenktag vor 5 oder 6 Jahren gefallen sein, hätte er uns wenig Veranlassung gegeben, seiner ausführlich Erwähnung zu thun. Aber gerade jetzt ist Veranlassung, der Monroe-Doktrin zu gedenken; denn nun, wo 75 Jahre seit dem stolzen Worte des Präsidenten Monroe verflossen sind, hat die Erfüllung der Monroe-Doktrin aufgehört, das Ziel der Politik der nordamerikanischen Union zu sein. Die Vereinigten Staaten sind über sie hinausgewachsen, sie greifen nun über den eigenen Erdtheil hinaus, sie treiben nicht mehr Erdtheilpolitik, sie wollen ihrem Einfluß auch in der alten Welt Geltung verschaffen.

Die Monroe-Doktrin war der erste große Schachzug gegen die heilige Allianz. Als die spanischen Kolonien in Süd- und Zentralamerika das spanische Joch abschüttelten, wollte die heilige Allianz die „legitime" Herrschaft des meineidigen Ferdinand VII. von Spanien über die Kolonien sichern und garantiren, obgleich selbst der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. die spanischen Zustände seiner Zeit als „asiatische" bezeichnete.

England, das unter dem Einflusse des konservativen Herzogs von Wellington an den Kongressen der heiligen Allianz theilnahm, hatte an der Erhaltung des spanischen Handelsmonopols über den größten Theil Amerika's kein Interesse. Schon während der napoleonischen Kriege und dann während der Unabhängigkeits-Bestrebungen der spanischen Kolonien hatten englische Waaren ein großes Absatzfeld in diesen Gebieten gefunden. Den Waaren folgten bald Freiwillige, kriegsgeübte Veteranen aus den Kriegen gegen Napoleon, auf Halbsold gesetzte Offiziere, ja, einer der tapfersten, geschicktesten und populärsten Admirale, Lord Cochrane, schloß sich den Aufständischen an. So hatte England wirthschaftliche und ideale Interessen in Südamerika. Die Befreiung der Kolonien vom spanischen Joche war eine populäre Sache in Großbritannien geworden. Als 1818 die Vertreter der heiligen Allianz, dieser Verbindung zur Niederwerfung aller revolutionären, ja nur irgend liberalen Bestrebungen der Völker, zusammentraten, konnten die Metternich und Genossen befriedigt die Ruhe des Kirchhofs schauen, die ihr Werk in Europa war, jeder Widerstand gegen die Beschlüsse der Allianz, gegen den Willen der Regierungen war gebrochen. Die spanischen Kolonien störten aber die schöne so mühsam hergestellte Harmonie durch eine garstige Dissonanz, die grell und schneidend herübertönte. Sie weigerten dem „ihnen von Gott gesetzten Herrscher" den Gehorsam, sie bekämpften die Truppen, die er ihnen entgegenstellte, ja diese gingen zu den Rebellen über. Die republikanische Form, welche die im Abfall begriffenen Kolonien angenommen hatten und die fatale Wahrscheinlichkeit, daß die Vereinigten Staaten des nördlichen Amerika's diesen neugebildeten Republiken die Anerkennung nicht versagen werden, trugen viel dazu bei, den Kongreßtheilnehmern die gute Laune zu verderben. Der Gedanke einer Vermittelung zwischen Spanien und den widerspenstigen Kolonien hatte sich da von selbst dargeboten, auch wenn dieselbe von Frankreich und Rußland nicht förmlich beantragt worden wäre. Auch Wellington und Castlereagh, die englischen Bevollmächtigten, stimmten im Prinzip für den Antrag, nachdem sie die Erklärung durchgesetzt hatten: England sei nicht verpflichtet, seinen Handelsverkehr mit den aufständischen Kolonien zu unterbrechen. Spanien aber, auch damals schon blind für seine Hilflosigkeit, weigerte sich, die Vermittelung anzunehmen und steifte sich, die Aufständischen durch Gewalt zu bezwingen. So war die einzige Wirkung der Verhandlungen, daß das englische konservative Kabinet eine Verschärfung des Gesetzes durchdrückte, wonach Engländern der Kriegsdienst für fremde Staaten, Kolonien oder als selbständige Regierungen sich konstituirende Bezirke verboten sein sollte. Gegen diese Regierungsvorlage bemühte sich die Opposition zwar ohne greifbaren Erfolg, aber insofern nicht ohne Wirkung, als die von ihr geführten Reden die Parteinahme der englischen Nation für die um Freiheit und Unabhängigkeit ringenden Kolonien sich noch lebhafter gestaltete. In den nächsten Jahren hatte das verrottete englische Kabinet eine Umformung erfahren. Der hervorragende Politiker Canning mußte in das Kabinet als Minister der auswärtigen Angelegenheiten aufgenommen werden und wurde, wenn auch nicht formell, der lenkende Staatsmann Englands. Mit Energie erklärte er sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ernannte trotz des Protestes der spanischen Regierung für mehrere Hafenstädte des blos noch nominell spanischen Gebietes in Amerika britische Konsuln. Zur gleichen Zeit hatte Ferdinand VII. nach Paris einen Kongreß einberufen, der sich über die Mittel schlüssig machen sollte, wie die abgefallenen spanischen Kolonien wieder zum Gehorsam unter das Mutterland zu bringen seien und welche Hilfe von den Großmächten hierzu geleistet werden möchte. England forderte Spanien auf, die Unabhängigkeit der Kolonien freiwillig anzuerkennen und dann veranlaßte es Mitte August 1823, also gerade vor 75 Jahren, die Vereinigten Staaten, jede Einmischung der Heiligen Allianz in amerikanische Angelegenheiten abzulehnen. Damit war der Pariser Kongreß ergebnißlos geschlossen und im Jahre darauf erkannte England die neuen Republiken Argentinien, Mexiko und Kolumbien an. So standen an der Wiege der Monroe-Doktrin England als freundschaftlicher Rathgeber, ja als Anreger des Gedankens, und Spanien als der verlierende Theil. Wie ähnlich die Situation damals und heute!

Die Monroe-Doktrin, die ihrer ersten Anregung, wenn auch nicht ihrer entgiltigen Form nach besser nach dem englischen Minister Canning als nach dem Präsidenten Monroe benannt werden müßte, lautet kurz zusammengefaßt „Amerika den Amerikanern". Die Monroe-Doktrin, wie sie in der Botschaft des Präsidenten Monroe vom 2. Dezember 1823 ausgesprochen wurde, enthält den Ausschluß jeder neuen Erwerbung von Kolonien seitens europäischer Staaten auf dem amerikanischen Kontinente und jeder Intervention europäischer Mächte in Angelegenheiten amerikanischer Staatswesen. Unter dem Präsidenten Grant wurde die Monroe-Doktrin noch dahin erweitert, daß die amerikanischen Besitzungen europäischer Mächte nicht einen Gegenstand von Gebietsabtretungen an eine europäische Macht bilden dürfen und daß europäische Staaten sich auch nicht in schiedsrichterlicher Eigenschaft an den politischen Streitigkeiten amerikanischer Gemeinwesen betheiligen sollen. Die Monroe-Doktrin ist ein einseitig von den Vereinigten Staaten aufgestellter Grundsatz, der ihnen als Richtschnur gedient hat, auf die sie sich in diplomatischen Verwickelungen oft berufen haben, die sie auch zum Anlaß von Einmischungen bei Differenzen zwischen europäischen und amerikanischen Staaten benutzt haben, die aber niemals formell von einer anderen Macht anerkannt wurde. Trotzdem ist sie aber als Ausdruck der realen Macht der Vereinigten Staaten wichtiger als manch Dutzend fein säuberlich abgeschlossener, wohl unterschriebener und fein gesiegelter Staatsverträge.

Faktisch wird die Monroe-Doktrin von den europäischen Staaten anerkannt, man gründet Kolonien in der Südsee, in Afrika, man operirt in Asien gegeneinander, aber Amerika läßt man fein säuberlich aus dem Spiel. Napoleon III. hat, als er auf dem Höhepunkt seiner Macht war, die Wirkung der Monroe-Doktrin gespürt, er wurde zum Aufgeben seines mexikanischen Abenteuers gezwungen. Oesterreich und Belgien, die, abgesehen von den nahen verwandtschaftlichen Beziehungen ihrer Herrscherhäuser mit Maximilian und dessen Frau, durch die zahlreichen Staatsangehörigen im Heere Maximilian's von Mexiko an der Entwickelung der Dinge dort interessirt waren, wagten nicht einmal den Versuch einer Intervention.

Im August 1895 erklärte der amerikanische Staatssekretär Olney in einer Note an Lord Salisbury:

> Die amerikanischen Staaten, sowohl die des Nordens wie die des Südens, sind mit Rücksicht auf ihre geographische Lage, auf ihre natürliche Sympathie, auf die Aehnlichkeit ihrer politischen Konstitution kommerziell und politisch die Verbündeten der Vereinigten Staaten. Einer europäischen Macht erlauben, auf eine von ihnen ihre Hand zu legen, hieße diesen Zustand der Dinge verwirren und alle Vortheile opfern, die wir aus unseren natürlichen Beziehungen ziehen.

Lord Salisbury hat (26. November 1895) zwar geantwortet, daß eine solche Auffassung das Völkerrecht vernichte, er hat es aber doch nicht ändern können, daß die Vereinigten Staaten, gerade fußend auf dieser Doktrin, nun der ältesten und ehemals mächtigsten Kolonialmacht der Neuzeit ein Ende bereiten und anscheinend nicht blos in Amerika. Und die Weltlage hat dazu geführt, daß gerade England, und zwar unter der Führung Lord Salisbury's, diese Entwickelung beförderte, ja das Ausgreifen amerikanischer Machtgelüste nach Asien veranlaßte. Die Macht der Thatsachen hat sich auch hier wieder stärker gezeigt als Gesetzesparagraphen, als Präzedenzfälle, als Lehren, anerkannt in allen Handbüchern des Völkerrechts.

Wehrlos mußte das geeinte Europa vor 75 Jahren den Abfall der spanischen Kolonien mitansehen, weil die Vereinigten Staaten und England schützend ihre Hände über die Aufständischen hielten, und nun muß das alte Europa trotz allen Zähneknirschens zusehen, wie Amerika die herrlichsten Kolonien an sich reißt und sich die Oberherrschaft über den Kanal sichert, der sich in absehbarer Zeit zwischen Nord- und Südamerika für die größten Schiffe der Welt öffnen wird. Großbritannien Herrin des Suezkanals, die nordamerikanische Union bald Herrin des Nicaraguakanals, beide eng vereint und nun bereit, gemeinsam zu handeln in Ostasien, wo Rußland sich schon als alleiniger Gebieter fühlte. Die Machtstellung der Vereinigten Staaten ist durch den letzten Krieg außerordentlich gewachsen, ihr Ansehen ist nun in Amerika so fest gegründet, daß ihre panamerikanische Politik wirthschaftlich und politisch die besten Aussichten hat. Die finanzielle Stärke, die Höhe der Landwirthschaft, die rasche Entwickelung der Industrie, das Selbstbewußtsein und die relative hohe Lebenshaltung ihrer Bevölkerung machen die Vereinigten Staaten zu einem der ersten Machtfaktoren der Welt. Der enge Anschluß an England bedeutet das Beginnen einer Politik, welche zwar mehr noch als zuvor die Einmischung europäischer Staaten in amerikanische Händel verhindern wird, aber nicht mehr wie bisher daraus die Konsequenz ziehen wird, daß die Vereinigten Staaten sich in allen nichtamerikanischen politischen Angelegenheiten der äußersten Zurückhaltung zu befleißigen haben. Schon bei den letzten armenischen Wirren hatte die amerikanische Diplomatie ihre Zurückhaltung aufzugeben begonnen. In Samoa hatte sie freilich schon früher Deutschland von der Annektion abgehalten und durch geschicktes Operiren sich auf dieser wichtigen Inselgruppe den Haupteinfluß gesichert. Der Stille Ozean wird nun immer mehr in die Interessensphäre der großen Republik gezogen. Trotz des Widerstandes der an der Tradition der auswärtigen Politik Amerika's festhaltenden Politiker ist nun auf den Hawaii-Inseln das Sternenbanner gehißt, auf den Philippinen wird sich die Union festsetzen, ebenso auf den Ladronen, in China wird sie sich bald neben den europäischen Mächten Einfluß sichern, Japan sucht Amerika in seine Interessensphäre hereinzuziehen. Damit wird Rußlands Siegeslauf in Ostasien ein großer Machtfaktor entgegengesetzt, und die Konstellation der Weltmächte gewaltig geändert. Der Menschen- und Geldreichthum der Vereinigten Staaten wird sich aber mit der Expansion im Stillen Ozean nicht begnügen; schon spricht man in Amerika davon, eine ansehnliche Flotte im Mittelmeere zu stationiren und an der marokkanischen Küste eine Kohlenstation zu erwerben. So ahmen die Vereinigten

Staaten die Praxis der europäischen Mächte in deren eigensten Interessenkreise nach.

Heute ist England an die Seite der Vereinigten Staaten gedrängt, sind die beiden kapitalkräftigsten Länder der Welt im Bunde, aber England weiß wohl, daß auch dies kein ewiges Bündniß ist. Die Vereinigten Staaten müssen sowie nach Süden auch nach Norden streben und über kurz oder lang das Gebiet von Kanada und die Nordwestterritorien mit ihrem Lande vereinigen. Der Zeitpunkt ist zwar noch ferne, er wird aber eintreten, an dem das englische Banner aufhört auf dem amerikanischen Festlande zu wehen. So bedeutet die rasche Machtentwickelung der Vereinigten Staaten heute und von Jahr zu Jahr mehr eine gewaltige Verschiebung des Gleichgewichts der Mächte auf dem Erdball. Die Zeit ist vorbei, wo heilige Allianzen, Monarchenzusammenkünfte über das Schicksal der Welt zu entscheiden vermeinten.

Spaniens Macht und Reichthum, vor Jahrhunderten die größten der Welt, sie sind geschwunden und auf dem neuen Erdtheile hebt eine neue gigantische Macht an, entscheidend in das Getriebe der Welt einzugreifen. Wenn die Vertreter der absterbenden Welt resignirt die neue Entwickelung hinnehmen, so freuen wir uns derselben aufrichtig. Nicht etwa daß wir Antipathien gegen das spanische Volk oder gar Sympathien für die herrschenden Klassen jenseits des Weltmeeres besäßen. Aber in Spanien geht zu grunde ein Staat, in dem man mit Volksverdummung, Pfaffenherrschaft, Unduldsamkeit gegen andere Religionen und politische Ansichten, mit Verfassungsbruch, Meineid, Beamtenkorruption und Soldatenherrschaft regieren und das Volk zu korrumpiren suchte. Spanien ist ökonomisch zurückgeblieben, ist das Bild der absterbenden Monarchien. Jenseits des Ozeans aber sehen wir trotz der schweren Korruption der herrschenden Klassen, trotz der bösartigen Auswüchse des Kapitalismus ein Land ohne die Tradition und die Sünden der Vergangenheit, die auch wir mit uns zu schleppen haben, ein Land ohne Militarismus, mit Freiheit der Meinungsäußerung und der Religion, ein Land, das für die Volksbildung viel thut, in dem auch große Theile der Arbeiterklasse sich eine weit bessere Lebenshaltung als das spanische Proletariat erringen konnten. Gegenüber Spanien bedeutet die Union den Fortschritt, bedeutet sie eine um Jahrhunderte weiter gegangene Entwickelung. Wohl ist von dem, was wir erstreben, Amerika noch weit entfernt, aber die Möglichkeit des rascheren Sieges des Proletariats ist für Amerika weit mehr gegeben, als für Spanien. Die Niederlage Spaniens war auch eine Niederlage des europäischen Militarismus, der Sieg Amerika's ein Sieg der Volkswehr. Das Unglück Spaniens bedeutet keinen ökonomischen Fortschritt, der Sieg der Union dagegen einen neuen starken Anstoß in ihrer Entwickelung zum Großbetrieb, eine Stärkung ihrer wirthschaftlichen Macht, Unabhängigkeit und Konkurrenzfähigkeit.

Im 47. Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung haben die Vereinigten Staaten, damals ein Volk von ca. 10 Millionen Einwohnern, gewagt, die Monroe-Doktrin aufzustellen und, was weit mehr bedeutet, ihr gegenüber dem einigen Europa Nachachtung zu verschaffen. Heute sind die Vereinigten Staaten ein Reich mit mehr als 75 Millionen Einwohnern, das eine der ersten Stellen in der Reihe der Handel und Seefahrt betreibenden Nationen einnimmt. Bald werden sie neben den Produkten der Landwirthschaft die Erzeugnisse ihrer sich rasch entwickelnden Industrie über den Atlantischen und Stillen Ozean senden, und an der Jahrhunderts-Wende schicken sie, das jüngste große Staatswesen der Gegenwart, sich an, entscheidend in alle Welthändel einzugreifen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. August.

Der Kampf gegen das Reichstagswahlrecht wird munter fortgesetzt; heute schließen sich die hochoffiziösen „Berliner politischen Nachrichten", die amtliche „Leipziger Zeitung" und die „Post", dem „Reichsboten" und der „Köln. Zeitung" an. Die „Berliner polit. Nachrichten" machen den vergeblichen Versuch nachzuweisen, daß wir mit unserer Behauptung, daß die Proletarier am meisten Gut- und Blutsteuern zu zahlen hatten, Unrecht haben. Wir wollen blos den einen Satz aus der offiziösen Antwort hervorheben: „Zu den indirekten Steuern aber trägt jeder nach seinem Verbrauch bei". Daß die Arbeiter für Brot, Salz, Fleisch und andere absolut nöthige Lebenserfordernisse verhältnißmäßig das vielfache der indirekten Steuern der Reichen zu zahlen haben, versteht sich für jeden, der kein für das Aufgeben seiner Gesinnung bezahlter offiziöser Tintenkuli ist, von selbst. Das Blatt des Herrn v. Miquel und des Zentralverbandes deutscher Industrieller thut so, als ob es sich blos um die Gleichstellung der akademisch Gebildeten und der Arbeiter handele und daran knüpft es seine Polemik. Das von Herrn Schweinburg redigirte Blatt ist aber weit mehr für das bevorrechtete Wahlrecht der Besitzenden als der Gebildeten. Ein Millionär, der nicht lesen und schreiben kann, ist für diese Leute eine viel respektablere Person als der hervorragendste Gelehrte. Verlogen, wie das Blatt berufsmäßig ist, behauptet es wieder einmal, daß die Arbeiter durch die Versicherungsgesetzgebung gegen die verschiedensten Nothfälle des Lebens gesichert sind. Trotz der paar Bettelgroschen bei Krankheit, Unfall und Invalidität bleiben die Arbeiter in Noth und Elend bei Arbeitslosigkeit, bei Erkrankung der Familienmitglieder; wer sorgt für Wittwen und Waisen der Proletarier?

Der gute „Reichsbote", der sich noch dümmer zu stellen weiß, als er ohnedies ist, schreibt:

> Der „Vorwärts" bemerkt zu unserem gestrigen Aufsatz über das Wahlsystem, „daß die Arbeiter sonst in allem schlechter gestellt sind, Blut- und Geldsteuer von ihnen schwerer getragen werden, sieht das christliche Blatt nichts an." — Was hat das Wahlsystem damit zu schaffen? Die Militärpflicht muß jeder leisten, und sie legt den gebildeten Klassen viel schwerere Opfer auf, als dem Handarbeiter; aber wenn sie auch dem Arbeiter schwer wird — wird sie etwa durch das gleiche Wahlrecht erleichtert? Daß den Reserven jetzt bei der Einberufung eine Entschädigung für ihren Arbeitsverlust gezahlt wird — wem haben die Arbeiter das etwa zu verdanken? Den Sozialdemokraten wahrhaftig nicht, sondern der Regierung und den Parteien, welche die Zollpolitik ins Werk gesetzt haben, die dem Staat die großen Einnahmen liefert, aus denen es solche Gelder zahlen kann.

Daß die Reservisten diese Entschädigung bekommen, verdankt man, verehrtester „Reichsbote", einem sozialdemokratischen Initiativantrag. Und die Zölle sind doch nicht etwa dieses Gesetzes wegen gegeben worden, sondern zur Bereicherung der Junker und Schlotbarone. Und Kriegsschiffe, Kasernen und Kanonen haben wohl den Ertrag der Zölle aufgebraucht und nicht die kleinen Summen für die Unterstützung der Reservistenfamilien. Die Pflichten, Steuern zu zahlen und Soldat sein, sollen den Proletariern reichlichst aufgehalst werden, aber die Rechte sollen ihnen genommen werden. Der „Reichsbote" mag das für christlich halten. Wir halten das für einen Hohn auf die wahre christliche Moral.

Die Stumm'sche „Post" erklärt in einem langathmigen Artikel, jedes Wahlrecht sei besser, als das nun in Geltung stehende, am besten wäre nach diesem Blatte wohl die Beschränkung des aktiven Wahlrechts auf die Millionäre und des passiven auf die, welche mindestens eine Million pro Jahr einnehmen.

Die amtliche „Leipziger Zeitung" empfiehlt die Zustimmung des Zentrums für Aenderung des Wahlrechts mit der Rückberufung der Jesuiten zu erkaufen.

Wir wollen diese Darstellung mit einer Reminiszenz schließen. Bei Berathung eines Wahlverschlechterungsantrages für Irland sagte der hochkonservative Lord Anglesey, der früher Vizekönig von Irland war, im englischen Oberhause im Jahre 1829, also vor bald siebzig Jahren:

> „Diese Freisassen sind ursprünglich zu Wahlzwecken mit dem Stimmrecht ausgestattet worden. So lange sie es sich gefallen ließen, zur Wahl getrieben zu werden, gleich Schafen an die Schlachtbank, ohne jeden eigenen Willen, ging alles gut; nicht das leiseste Murren war vernehmlich. Aber in dem Augenblicke, als die armen Leute den Werth ihres Besitzrechtes herausfinden und die ihnen gesetzlich zugesprochene Macht verfassungsgemäß ausüben, werden sie aus dem politischen Dasein weggefegt."

Vor mehr als zwei Menschenaltern waren somit englische Konservative politisch einsichtiger als die deutschen Konservativen, Mucker und Fabrikfeudalherren am Ausgange des 19. Jahrhunderts! —

Stempelfiskus und Vereinsrecht. Die „Nordd. Allg. Ztg." theilt mit, daß der Finanzminister in seiner Verfügung an die Polizeiverwaltung zu Prenzlau vom 20. Mai 1898 bestimmt ausgesprochen habe, daß die Versammlungsbescheinigungen keines Stempels bedürfen. Diese Verfügung sei jedoch von den nachgeordneten Behörden unrichtig aufgefaßt und Stempel in gewissen Fällen verlangt. Daraufhin habe der Finanzminister nochmals dem Provinzial-Steuerdirektor eröffnet, daß die erwähnten Bescheinigungen unter allen Umständen stempelfrei und die dafür eingezogenen Stempel baldigst zu erstatten seien. „Unrichtig aufgefaßt" — von Behörden! Ei, ei! Sonderbar, höchst sonderbar. Indeß es sollte uns freuen, wenn in der That die Provinzial-Steuerdirektoren solche zutreffende Belehrung und Rückzahlungsaufforderung erhalten haben sollten. Vorab indessen ist in keinem der vielen — von uns erwähnten Fälle — Rückzahlung erfolgt. Sollte es diesem Sachverhalt gegenüber nicht doch am Platze sein, statt in offiziösen Blättern zweifelhafter Zuverlässigkeit, in dem amtlichen Verordnungsblatt durch eine Verfügung die „unrichtig aufgefaßte" Verfügung klarzustellen? Sollte vielleicht gar auch die zweite Verfügung so abgefaßt sein, daß nachgeordnete Behörden das Gegentheil auch aus ihr herauslesen und anstatt Rückzahlung anzuordnen, Zahlung verlangt haben? —

Die Jerusalem-Reise des deutschen Kaiserpaares wird in päpstlichen Kreisen mit scheelen Augen betrachtet. Das Organ des Vatikans, die „Voce della Verita", ruft dem deutschen Kaiser anläßlich seiner Pilgerfahrt nach Jerusalem zu, er habe derselben einen ausgesprochen lutheranischen Charakter gegeben. Man möchte fast nicht glauben, daß der Kaiser ein Reich vertrete, das von mehr als 20 Millionen Katholiken bewohnt sei.

Aus dem künftigen Reichsetat. Bürgerliche Blätter schreiben: Sicherem Vernehmen nach dürfte der längstgehegte Wunsch des Vereins von praktischen Schulmännern und Gelehrten, eine Unterstützung des Reiches für die von ihm bezweckte Sammlung und Veröffentlichung des Materials zur deutschen Erziehungsgeschichte zu erlangen, demnächst erfüllt werden. Der Etatsentwurf pro 1899 des Reichsamts des Innern soll eine entsprechende Forderung enthalten. Auch auf anderen Gebieten dürfte jener Etat Neuforderungen für wissenschaftliche und kulturelle Zwecke aufweisen, so zu einem Abschlußwerk über die Sixtinische Kapelle in Rom, zur Förderung der geographischen Wissenschaft, zur Erforschung der Krankheiten landwirthschaftlicher Nutzthiere. Auch wird die neugebildete Biologische Abtheilung zum Reichsgesundheitsamt im neuen Voranschlag voll in Erscheinung treten. —

Ein Versuchsschießen mit einem neuen Infanteriegewehr fand, wie mehreren Blättern geschrieben wird, am Mittwoch auf dem Tegeler Schießplatz durch Offiziere der Spandauer Gewehr-Prüfungskommission statt. Die in Aussicht genommene Zukunftswaffe der deutschen Armee soll ein noch geringeres Kaliber haben, als das jetzige Gewehr, Modell 1888, sie soll bei erhöhter Rasanz und vermehrter Durchschlagskraft für weitere Entfernungen als jetzt verwendbar sein. Die Proben seien auf Distanzen von über 2000 Meter mit Erfolg ausgedehnt worden.

Da haben wir wohl bald zu den Artillerieforderungen noch einige hundert Millionen für die Neubewaffnung der Infanterie zu zahlen? —

Aus der Zeit des ersten Reichskanzlerwechsels. In der „Germania" lesen wir unter dem Titel „Eine Enthüllung":

„Eine Enthüllung veröffentlicht der „Pfälzer Volksbote". Dieses Blatt schreibt: „Der Tod des Fürsten Bismarck erweckt die Erinnerung an eine nur Wenigen bekannte Thatsache, die sich alsbald nach der Entlassung des Fürsten aus seinem Amte als Reichskanzler und als preußischer Ministerpräsident ereignete. Kurze Zeit nach dieser Entlassung ließ Seine Majestät, der jetzt regierende Kaiser Wilhelm II., bei unserem seligen Zentrumsführer Dr. Windthorst sondiren, ob er nicht zur Uebernahme eines preußischen Ministeriums bereit sei. Seine Majestät stellte sogar Windthorst, dessen diplomatisches Genie und parlamentarische Gewandtheit wie tiefes Wissen und langjährige Erfahrung der Kaiser sich offenbar sichern wollte, die Wahl frei, welches Ministerium ihm am genehmsten sei. Windthorst brauchte sich nicht lange zu bedenken, er erklärte dem Mittelsmann des Kaisers: „Der Wunsch Seiner Majestät sei für ihn zwar überaus ehrenvoll, und er bitte Seine Majestät, an seiner (Windthorst's) deutschen und patriotischen Gesinnung nicht zu zweifeln; aber er glaube, Deutschland, dem deutschen Volke und der katholischen Kirche als Führer des katholischen Volkes und der Zentrumsfraktionen im Reichstage und im preußischen Landtage mehr nützen zu können, denn als preußischer Minister." Wir geben die Nachricht unter allem Vorbehalt und müssen dem genannten Blatte die volle Verantwortung für dieselbe überlassen." —

Zu der bekannten Denkschrift des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund bemerkt die dem Minister a. D. Freiherrn v. Berlepsch nahestehende „Soziale Praxis" u. a.:

„Daß das Verlangen nach Einstellung von Arbeiterdelegirten in den Aufsichtsdienst gute Gründe für sich hat, ist vom Handelsminister ebenso wie im Abgeordnetenhause ausdrücklich bestätigt worden. Warum aber der deutsche Bergmann weniger Kenntnisse und weniger moralische Festigkeit haben soll als die Bergarbeiter in Frankreich, Belgien und England, wo ihre Vertrauensmänner mit Nutzen und Erfolg im Aufsichtsdienst mitarbeiten, vermögen wir nicht einzusehen. Wir hoffen, daß Regierung und Landtag sich nicht auf den einseitigen Unternehmerstandpunkt stellen werden, den der Protest vertritt."

Ueber die Erledigung der Stichwahlen bei den preußischen Landtagswahlen scheint mitunter noch eine gewisse Unklarheit zu bestehen — vielleicht, weil die Erledigung bei den Wahlmännerwahlen eine andere ist, wie bei der Ernennung der Abgeordneten. Wir theilen daher die betreffenden Bestimmungen des Wahlreglements vom 18. September 1893 mit.

Die Wahl — heißt es in § 16 für die Wahlmännerwahlen erfolgt nach absoluter Mehrheit der Stimmenden. Der gewählte Wahlmann muß also mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen aufweisen.

Dann folgt

§ 17.

Soweit sich bei der ersten oder einer folgenden Abstimmung absolute Stimmenmehrheit nicht ergiebt, kommen diejenigen, welche die meisten Stimmen haben, in doppelter Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner auf die engere Wahl.

Auch das entspricht im allgemeinen dem Verfahren bei den Reichstagswahlen: ist ein Wahlmann zu wählen, so kommen die zwei Höchstbetheiligten zur Stichwahl — sind zwei zu wählen, so muß man natürlich vier zur engeren Wahl stellen. Bei 4 Stichwahl-Kandidaten kann es vorkommen, daß keine zwei die absolute Mehrheit der Stimmen bekommen; es gelten dann diejenigen beiden als gewählt, welche die höchste Stimmenzahl haben.

Für die Wahl der Abgeordneten sind die Bestimmungen wesentlich andere. Hier werden nicht die zwei Höchstbetheiligten zur engeren Wahl ausgeschieden, sondern die Wahlhandlung beginnt, mit einer kleinen Einschränkung, nochmals von vorn. Der § 28 lautet nämlich:

> Hat sich auf keinen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten.
>
> Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat.
>
> Die zweite Abstimmung wird unter den übrigen Kandidaten in derselben Weise, wie die erste, vorgenommen . . .
>
> Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergiebt, so fällt in jeder der folgenden Abstimmungen derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat.

Ständen sich also fünf Kandidaten gegenüber, so wären auch fünf Wahlgänge möglich. Im ersten Stichwahlgang stehen nochmals alle fünf Kandidaten zur Entscheidung — außer es hätte einer nur eine Stimme gehabt. Dann fiele der, der Stimmenzahl nach Fünfte aus, und es begänne die zweite Stichwahl zwischen vieren. Ohne absolute Majorität fiele nun der vierte aus, die dritte Stichwahl begänne. Dann fiele auch der dritte aus, und die vierte Stichwahl, die nur zwischen zweien entscheidet, muß einem natürlich die Mehrheit bringen.

Zu Mogeleien und Stimmübertragungen bietet dieses Verfahren bei den Abgeordnetenwahlen reichlich Gelegenheit. Andererseits ist eine Stimmzersplitterung hier nicht besonders gefährlich, weil der zweite Wahlgang doch meist nochmals von vorn, also ohne „falsche Stichwahl" anfängt. Die Gefahr unbedachten Eingreifens liegt also nur bei den **Urwahlen,** bei der Wahl der Wahlmänner in den Urwahlbezirken. Hier haben die Genossen zu prüfen und sich vorzusehen.

Die Agrarier sind nun auch mit dem Kriegsminister wegen der Einkäufe der Proviantämter unzufrieden. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

> „Wir waren bisher geneigt, diese niedrigen Angebote den einzelnen Proviantämtern zur Last zu legen; da aber die Klagen so allgemein werden, scheint es fast, als ob die Proviantämter irgend eine Anweisung erhalten hätten, die mit den früheren nicht im Einklang steht. Sollte das nicht der Fall sein, so würde das Kriegsministerium Gelegenheit nehmen müssen, den Proviantämtern die frühere Anweisung wieder einzuschärfen. Sollten aber die niedrigen Preisgebote auf einer allgemeinen Anweisung beruhen, so würde der Kriegsminister im nächsten Reichstage Gelegenheit haben, sich über die Gründe der Maßregel auszusprechen."

Der arme Kriegsminister, nun muß auch er sich noch gegen die agrarische Opposition rüsten! —

Vermittelung ländlicher Arbeitskräfte in Preußen. Der Minister des Innern hat folgenden Erlaß veröffentlicht: „In dem Ausschreiben des Staatsministeriums des Innern vom 1. Mai d. J., Zentralisirung des Arbeitsnachweises betreffend, ist die Heranziehung der landwirthschaftlichen Vereinsorgane behufs der Vermittelung landwirthschaftlicher Arbeitskräfte vorgesehen. Nach den bis jetzt vorliegenden Wahrnehmungen bei den Zentralen für die Arbeitsvermittelung sind jedoch seitens der Landwirthe äußerst wenige Anmeldungen von offenen Stellen erfolgt. Die Ortspolizeibehörden werden deshalb wiederholt angewiesen, die landwirthschaftlichen Kreise auf die Regelung der Arbeitsvermittelung aufmerksam zu machen und deren Nachfragen nach landwirthschaftlichen Arbeitern und Dienstboten beschleunigt den Zentralen behufs weiterer Einleitung und Verständigung der militärischen Kommandos mitzutheilen, welch' letztere den nach den Herbstmanövern zur Entlassung kommenden Mannschaften hiervon Mittheilung zu machen haben."

Hoffentlich ist ein ungehöriger Druck auf die Militärmannschaften im Interesse der Agrarier hierbei ausgeschlossen. —

Kanal Berlin-Stettin. Wie die „Volks-Ztg." versichern zu dürfen glaubt, wird in die Vorlage wegen des weiteren Ausbaues des Kanalnetzes, die dem Landtage in seiner nächsten Session vorgelegt werden wird, der neue Kanal zur Verbindung von Berlin mit Stettin, der sogenannte Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin, mit der Westlinie aufgenommen werden. Die Regierung habe sich nach sorgfältiger Untersuchung aller in betracht kommenden Verhältnisse für diese Linie entschieden. Hiernach wird das im Auftrage eines Komitees bearbeitete Projekt der östlichen Linie, für das der Kostenüberschlag bis jetzt übrigens noch nicht fertig ist, von der Regierung nicht befürwortet werden. —

Im Wahlkreise Hirschberg-Schönau verbreiteten unsere Genossen bereits im April auf die Reichstagswahl bezügliche Flugblätter. Die Verbreitung ging glatt von statten, allein als die Genossen sich bereits auf dem Heimweg befanden, nahm ihnen ein Gendarm die übrig gebliebenen Flugblätter ab, weil er glaubte, zu der Verbreitung sei eine behördliche Genehmigung erforderlich. Unsere Genossen glaubten nun, dieser Irrthum des Beamten würde bald von seiner vorgesetzten Behörde aufgeklärt werden. Gut Ding will aber Weile haben und so waren unsere Genossen freudig erregt, als sie dieser Tage die Flugblätter von der Staatsanwaltschaft in Hirschberg zurückerhielten. Die Flugblätter sind leider inzwischen werthlos geworden. —

Oppeln, 16. August. Hitzschlag. Ein bedauerlicher Unglücksfall traf nach den hiesigen „Nachrichten" gestern unser Regiment auf der Rückkehr von einer Felddienstübung. Ein Unteroffizier und ein Gefreiter wurden infolge der großen Hitze unwohl und, obwohl ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war und alles mögliche aufgewendet ward, sind beide nach kurzer Zeit gestorben. Die Truppe ist gestern 7 Kilometer weit nach Birkowitz marschirt, hat dort beim Felddienstüben einen Weg von ca. 1,5 Kilometern zurückgelegt und dann den Rückmarsch von 6 Kilometern gemacht. Für Wasser 2c. ist vorschriftsmäßig gesorgt gewesen. —

Posen, den 17. August. (Eig. Ber.) In der am 15. d. M. stattgefundenen Kartellversammlung wurde folgende Resolution angenommen. „Die heutige Versammlung der Gewerkschafts-Kommission ersieht in der Grenzsperre für Vieh und Geflügel und die dadurch hervorgerufenen hohen Fleischpreise eine Schädigung der gesammten Bevölkerung, nicht allein, daß dem Arbeiterstand der Genuß von Fleisch dadurch unmöglich gemacht ist, wird der Gesundheitszustand der unteren Bevölkerungsschichten durch den Genuß minderwerthiger Nahrungsmittel auf eine Stufe gebracht, die ernstliche Gefahren befürchten läßt."

Aus Ostpreußen, 17. August. (Eig. Ber.) Um der „Leutenoth" abzuhelfen, machen die ostpreußischen Agrarier alle möglichen Anstrengungen. Jetzt hat die ostpreußische Landwirthschaftskammer einen Versuch mit der Einrichtung eines ländlichen Arbeitsnachweises

unternommen. Sie hat eine größere Anzahl von im Herbst frei werdenden Stellen nach Kreisen geordnet, zusammengestellt und bringt diese Verzeichnisse an die Bezirkskommandos und andere ihr geeignet erscheinende Stellen zur Versendung, wo sie als Arbeitsnachweis für die zur Entlassung kommenden Reservisten dienen sollen. Außer den freien Stellen sind ferner Adressen angegeben, an welche sich Arbeitsuchende wenden können. Die Verzeichnisse sollen stetig ergänzt werden, so daß sie eine Liste der jederzeit freien Stellen bilden. Die Agrarier werden bedauern, daß nur diejenigen Leute zu ihnen auf die Güter kommen brauchen, welche dazu Lust haben. Es wäre doch viel angenehmer und auf alle Fälle wirkungsvoller, wenn von den Bezirkskommandos und den anderen militärischen Stellen soviel Leute kommandirt würden, wie gebraucht werden. Es ist nicht recht anzunehmen, daß in dem Verzeichniß der freien Stellen gleichzeitig so hohe Löhne angegeben sind, daß sich viele Reservisten bewogen fühlen, ins ostpreußische Junkerparadies zu gehen.

Alle Ursache haben die ostpreußischen Landwirthe, sich um Arbeiter rechtzeitig zu bemühen. Gegenwärtig ertönt aus den litthauischen Bezirken besonders laut das Klagen über den Mangel an Arbeitern. Dort geht in jedem Jahr am 15. August der Wechsel der Arbeitsstellen vor sich. Es ist das für die Arbeiter ein festlicher Tag. Wie im Westen die jungen Knechte und Mägde, so strömen hier am Ziehtage die Los- und Instleute, angethan mit den besten Gewändern, im Knopfloch den Blumenstrauß, der Stätte der zukünftigen Thätigkeit zu. Bei manchem Gutsbesitzer sind aber nicht so viele neue Arbeiter zugezogen, wie davongingen. Beweglich klagen die Arbeitgeber in Zuschriften an ihre Blätter darüber, daß die Leute anfangen, mit dem Mangel an guten Arbeitskräften zu rechnen und höhere Löhne fordern, die wohl oder übel bewilligt werden müssen.

Der Arbeitermangel hat übrigens zur Einführung zahlreicher landwirthschaftlicher Maschinen geführt. Dresch- und Reinigungsmaschinen, an die vor einem Jahrzehnt ein kleiner Besitzer kaum dachte, sind jetzt in jeder geordneten bäuerlichen Wirthschaft zu finden; auf größeren Höfen sind fast für jede Richtung des landwirthschaftlichen Betriebes Maschinen angeschafft.

Vorläufig sind recht brauchbare Maschinenarbeiter knapp. Das ist nicht wunderbar, da bisher hier das möglichste gethan ist, die Intelligenz der Arbeiter nicht zu wecken. Jetzt werden die gutsbesitzenden Schulpatrone schließlich gezwungen, im eigensten Interesse für eine bessere Bildung der Arbeiter einzutreten. —

Einen recht unbequemen Gegner sind die Konservativen dieser Tage los geworden. Der von ihnen gründlich gehaßte Redakteur und Verleger der masurischen „Gazeta Ludowa", Karl Bahrke, ist ins Ausland geflohen, um sich den seiner harrenden zahlreichen gerichtlichen Bestrafungen zu entziehen. Bahrke ist der Hauptleiter der stark demokratisch gefärbten masurischen Bewegung gewesen, die oft als national-masurisch oder als polnisch bezeichnet ist, in Wirklichkeit sich aber gegen die Konservativen richtete. Die Konservativen hoffen, daß mit dem Leiter auch die masurische Bewegung verschwinden wird. Das wird ein Irrthum sein. Vollständig bedeutungslos wird die masurische Bewegung sein, wenn die Sozialdemokratie die arbeitende Bevölkerung Masurens gewonnen haben wird. —

Der braunschweigische Landtag, der bis zum 10. November vertagt worden war, ist, wie uns ein Drahtbericht aus Braunschweig meldet, zur Beschlußfassung über die Verwerthung der staatlichen Kalklager zum 6. September einberufen worden. —

Verluste der bayerischen Armee. Im Monat Juni verlor die bayerische Armee 14 Mann durch Tod, davon einen durch Ertrinken, einen infolge Erschöpfung durch Blutverlust nach einem Selbstmordversuch, und vier durch Selbstmord. Also fünf Selbstmorde in einem einzigen Monat! Schade, daß die amtliche Statistik nicht angiebt, was diese jungen Leute in den Tod getrieben hat. Für den denkenden Menschen sprechen aber auch diese trockenen Zahlen Bände. —

Straßburg i. E., 18. August. (Frankf. Ztg.") Wie verlautet, steht die Publikation des reichsländischen Preßgesetzes unmittelbar bevor. Das Gesetz soll am 1. Dezember in kraft treten. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am letzten Sonnabend der noch jugendliche Haussohn Karl Wiegrefe aus Kirchwehren vor der Ferien-Strafkammer II des Landgerichts Hannover zu verantworten. Der junge Bursche soll in einer Wirthschaft über die Steuerverhältnisse geschimpft, den Gemeindevorsteher des Ortes beleidigt, ein „Hoch" auf die Sozialdemokratie ausgebracht und im Anschluß hieran sich unehrerbietiger Aeußerungen über den Kaiser bedient haben. Die vorgebrachten belastenden Momente genügten dem Gerichte jedoch nicht zur Verurtheilung, weshalb Freisprechung erfolgte. —

Ungarn.

Budapest, 18. August. Beim Zusammentritt des Reichstages wird der Finanzminister ein Börsensteuer-Gesetz einbringen, welches am 1. Januar 1899 für Ungarn in kraft tritt. —

Schweiz.

Zürich, 16. August. (Eig. Ber.) Der Genfer Regierung fehlt die den Franzosen sonst nachgesagte diplomatische Schlauheit offenbar vollständig. Es genügt ihr nicht die Kompromittirung an sich, welche sie durch die Ausweisung unseres italienischen Genossen Vergnanini sich bereitete, sie verstärkt dieselbe noch durch ihre neueste Veröffentlichung des Falles im kantonalen Fahndungsblatt, worin als Grund der Ausweisung angegeben ist: die Verurtheilung Vergnanini's wegen einfachen Bankrotts und Mißhandlung. Welche Bewandtniß es damit hat, ist im „Vorwärts" bereits früher dargelegt worden. Selbst das konservative Genfer Blatt „La Suisse" erklärte, daß diese „angeblichen Vergehen" Vergnanini weit eher zur Ehre als zur Unehre gereichen und der Berner „Bund" meint denn auch, daß nicht der vorgeschützte Grund zur Ausweisung führte, sondern die Betheiligung des Ausgewiesenen an der Agitation im Bauarbeiterstreik. Das ist unzweifelhaft richtig, aber die in ihrer Mehrheit radikale Regierung, die nur mit den Stimmen der Arbeiter gewählt wurde, wollte dieselben nicht mit der Bekanntgabe des wahren Sachverhaltes vor den Kopf stoßen, anderseits aber durch die Ausweisung selbst, die dem Wesen der radikalen Bourgeois entspricht, den Besitzenden gefällig sein, sie wollte denselben zeigen, daß sie die Arbeiter ebenso zu verfolgen befähigt ist, wie eine konservative Regierung. Der eigentliche Urheber der Ausweisung soll der radikale Polizei- und Justizminister Didier sein, aber die gesammte Regierung (ob auch mit Einschluß des Sozialdemokraten Thiebaud, ist nicht bekannt) stellte sich auf seinen Standpunkt und wies den Rekurs Vergnanini's gegen seine Ausweisung ab; derselbe hat nun an den Bundesrath rekurrirt.

Die italienischen Spitzel in der Schweiz arbeiten weiter oder, wie seinerzeit der Herr Wohlgemuth sagte, „wühlen lustig drauf los". So soll, wie aus Mailand berichtet wurde, die italienische Regierung die Grenzpostämter angewiesen haben, die Einschmuggelung eines republikanischen Aufrufes der italienischen Flüchtlinge in der Schweiz zu verhindern. Die Regierung will aus der Schweiz davon benachrichtigt worden sein, daß die italienischen Flüchtlinge einen solchen Aufruf an das italienische Volk erlassen wollten, sobald der Belagerungszustand in Mailand aufgehoben sei. „Diese Nachricht trägt das Kennzeichen der Spitzelarbeit an der Stirn", bemerkt dazu das „Volksrecht" sehr zutreffend und fährt dann fort: „Hat die italienische Regierung wirklich eine solche Nachricht aus der Schweiz erhalten, so kann sie nur von Spitzeln herrühren, von Spitzeln, die mit italienischem Regierungsgelde hier ein blutrünstig Manifest drucken lassen, wie seinerzeit der Lump Schröder die anarchistische „Freiheit". Die Spitzelarbeit zeigt sich am deutlichsten daran, daß gemeldet wird, das Manifest solle erst erscheinen, wenn der Belagerungszustand aufgehoben sei. Der italienischen Regierung paßt es ohne Zweifel schlecht, den Belagerungszustand aufzuheben, und da sie keinen Grund hat, ihn zu verlängern, so muß ein solcher Grund geschaffen werden. Wozu hat man Spitzel in der Schweiz? Die müssen ein Manifest drucken und berichten lassen, man werde es vertheilen, wenn der Belagerungszustand aufgehoben sei. Also darf derselbe nicht aufgehoben werden, weil sonst das schreckliche Manifest aus der Schweiz kommt. O des Schwindels!" Weiter wird ausgeführt, daß mit dem Spitzeltelegramm in der Hand der italienische Gesandte in Bern beim Bundesrath reklamiren und dieser sich als gelehriger Schüler der italienischen Macher erweisen werde. Zum Dank dafür trampeln die italienischen Grenzwächter beständig unsere Schlagbäume nieder und geberden sich, als seien sie die Herren der Schweiz. „Es steht erbaulich mit unserer auswärtigen Politik!"

Zürich, 16. August. (Eig. Ber.) Im Jahre 1897 betrug der gesammte auswärtige Handel der Schweiz 1081,29 Millionen Franks (1896: 994 Millionen) in der Einfuhr und 698,17 (688 Mill.) in der Ausfuhr. Die Einfuhr aus Deutschland betrug 306,37, die schweizerische Ausfuhr dahin 175,56 Millionen Franks, so daß Deutschland fast das Doppelte dessen an die Schweiz verkauft, was es ihr abkauft.

Im ersten Semester 1898 betrug die schweizerische Einfuhr 499,68 (1897: 421,39) und die Ausfuhr 347,43 (344,84) Millionen Franken. Die bedeutende Unterbilanz giebt nationalökonomischen Quackalbern, denen absolut das Verständniß für den internationalen Güteraustausch fehlt, fortwährend Gelegenheit, in der kapitalistischen Presse kindsköpfige Theorien zu verzapfen von der Verarmung der Schweiz, von den zu hohen Arbeitslöhnen ꝛc. Bezeichnenderweise wird nie von den zu hohen Geschäftsgewinnen und Dividenden der Kapitalisten geredet, auch nie von der fortwährenden Vermehrung der Vermögens- und Erhöhung der Einkommenssummen, von der Steigerung der Sparkassen-Einlagen (1895: 895,71, 1896: 989,85 Mill. Franken), von der Erhöhung der Staats- und Gemeinde-Einnahmen ꝛc. Die schweizerischen Zolleinnahmen betrugen im ersten Semester 22 805 071 Fr. gegen 22 169 766 Fr. in der gleichen Zeit des Vorjahres, also um 635 304 Fr. mehr. —

Frankreich.

Paris, 18. August. (Voss. Ztg.) Ueber einen Zusammenstoß des Kreuzers „Catinat" und des Küstenpanzerschiffs „Valmy" wird dem „Journal" aus Dünkirchen gemeldet, „Valmy" sei auf der Fahrt von Havre nach Dünkirchen auf eine Sandbank aufgelaufen und gleich darauf von dem in geringer Entfernung folgenden „Catinat" angerannt worden. „Catinat" erhielt ein großes Loch im Panzer und mußte ins Dock geschafft werden. — Den Generalstabsblättern zufolge hätten sich im gestrigen Ministerrath heftige Szenen zwischen den Ministern für Unterricht und Handel einerseits und den Ministern für Krieg und Justiz andererseits aus Anlaß der Angelegenheit Bertulus-Esterhazy abgespielt, die nur durch entschlossenes Dazwischentreten des Präsidenten der Republik beendet wurden. Brisson habe sich passiv verhalten. — Bernard Lazare veröffentlicht in der „Aurore" einen zweiten langen Artikel über die gegen Picquart gerichteten Umtriebe. —

Niederlande.

Haag, 18. August. Die Sitzung des Instituts für internationales Recht wurde in Gegenwart der Minister und des diplomatischen Korps durch den Minister des Aeußeren de Beaufort eröffnet. Derselbe beglückwünschte das Institut, welches jetzt 25 Jahre besteht. Enttäuschungen seien allerdings nicht ausgeblieben. Die Strömung zu gunsten des Schutzzollsystems stimme wenig zu dem Gefühl einer Solidarität der verschiedenen Völker, die Erhöhung des Militärbudgets in allen Ländern zeuge von gegenseitigem Mißtrauen, der letzte Krieg sei eine grausame Enttäuschung gewesen. Aber die Ideen schritten vorwärts. Die Kaperei sei für immer abgeschafft und die Unverletzlichkeit neutralen Eigenthums unter feindlicher Flagge und feindlichen Eigenthums unter neutraler Flagge allgemein anerkannt, selbst von den gegenwärtig kriegführenden Mächten, welche die Pariser Deklaration von 1856 nicht unterzeichnet haben. —

England.

London, 18. August. Der Staatssekretär für Westindien hat die Nachricht erhalten, daß der englische Statthalter der Barbados-Inseln (Westindien) vor einigen Tagen das Opfer eines Attentats geworden sei. Ein Neger habe mittels Revolvers zweimal auf ihn geschossen. —

London, 17. August. Wie das „Reuter'sche Bureau" erfährt, erklärt das britische Auswärtige Amt die Adener Meldung der „Petersburgkija Wjedomosti" für völlig unbegründet, daß England innerhalb der letzten Wochen ganz Süd-Arabien von der Bab-el-Mandeb-Enge bis zum Golf von Oman unter sein Protektorat genommen habe. In der Politik Englands in bezug auf Arabien hat sich in den letzten zwanzig Jahren nichts geändert. England hat seit langer Zeit das Protektorat über gewisse Stämme an der Küste in dem Gebiet von Aden ausgeübt, es ist aber nichts weiter geschehen. —

Dänemark.

Kopenhagen, 17. August. („Int. Korr.") Die Regierung ließ den Führern der oppositionellen Parteigruppen vertraulich mittheilen, die soeben gemachten Ausgaben für die Neubeschaffung von Munition seien keineswegs die Einleitung zu einem neuen Verfassungskonflikt; vielmehr werde die Regierung sofort zurücktreten, falls der Reichstag die später zu gebenden Erklärungen nicht billige und den Ausgaben die nachträgliche Bewilligung versage. Die Ankäufe seien erfolgt auf die unmittelbare Initiative der Krone hin und zwar unter Hinweis auf die auswärtige Lage. Die Regierung habe sich den von der Krone geltend gemachten Gründen durchaus angeschlossen, so daß das Ministerium auch die volle Verantwortung übernehme. Eine vorherige Einberufung des Reichstages aber sei nicht möglich gewesen, da die Verhältnisse nicht die geringste Verzögerung der Munitionsankäufe gestattet hätten. —

Italien.

Die Bildung der italienischen Militärrichter. Der Vorsitzende des Kriegsgerichtes von Florenz hat in einem Prozeß nach der Urtheilsverkündigung zu einigen „Aufrührern", die mit einem blauen Auge davongekommen waren, wörtlich folgendes gesagt: „Wie Ihr seht, ist das Kriegsgericht nicht so streng, wie man glaubt. Aber denkt an die Zukunft; hört nicht auf die verführerischen Reden der Sozialisten und Anarchisten, von denen die meisten wegen eines Eigenthumsdelikts verurtheilt worden sind. Und wenn sie Euch in den Weg rennen, so haltet mit der einen Hand Eure Uhr und mit der anderen das Portemonnaie, wenn Ihr eins habt!" Und Leute mit solchen Anschauungen haben über die Existenz von Tausenden zu entscheiden gehabt! —

Türkei.

Konstantinopel, 17. August. Die Pforte beantwortete die letzte serbische Note betreffend den jüngsten Einfall an der Grenze dahin, daß serbische Panduren türkische Soldaten, welche einen Mehltransport begleiteten, angegriffen hätten. Die Pforte verlangt in ihrer Antwort von Serbien Maßnahmen, um derartigen Zusammenstößen künftig vorzubeugen. —

Asien.

Der Kampf um China. Aus London wird der „Int. Corr." gemeldet: In den an China interessirten Geschäftskreisen wird versichert, daß die Regierung fest entschlossen sei, als Antwort auf die Niederlage, welche England in der Eisenbahnfrage erlitten hat, abermals chinesische Gebietstheile zu besetzen. Die Forderung Li-Hung-Tschang seiner Aemter zu entsetzen, sei nur gestellt, um Zeit für ein gemeinsames Vorgehen mit Japan und Nordamerika zu gewinnen. Augenblicklich finde ein sehr eifriger diplomatischer Verkehr zwischen den Regierungen dieser drei Staaten statt, und in Washington sei man bereit, sowie Manila den Nordamerikanern übergeben sei, sechs Schiffe des Geschwaders Dewey's nach den nordchinesischen Gewässern zu entsenden. Alsdann würden Engländer, Nordamerikaner und Japaner zu gleicher Zeit je einen Hafenplatz China's besetzen, und falls dann die russischen Truppen in Peking einrücken, solle für Mittel- und Südchina eine neue Dynastie berufen werden.

Für diese sehr konjekturalpolitisch erscheinende Meldung müssen wir der „Int. Korr." die Verantwortung überlassen. —

Amerika.

Valparaiso (Chile), 16. August. Das Gesetz, betreffend die Emission von 50 Millionen Dollars Papiergeld, zeigt bereits unheilvolle Folgen. So seien gestern 150 000 Dollars Gold von der Regierung in öffentlicher Auktion in Santiago zu 37½ bis 46 pCt. Agio und 300 000 Dollars Gold in Valparaiso zu 37¼ bis 46½ pCt. Agio verkauft worden. Im Publikum und unter den Kaufleuten herrsche hierüber große Erregung. —

Partei-Nachrichten.

Preußische Landtagswahlen. Die Kreiskonferenz für Calau-Luckau nahm eine Resolution an, wonach es den Parteigenossen der beiden einzelnen Kreise Calau und Luckau überlassen ist, sich mit den Genossen der Kreise Kottbus und Lübben, die mit den Kreisen Calau und Luckau je einen Landtagswahlkreis bilden, darüber ins Einvernehmen zu setzen, ob eine Betheiligung an den Landtagswahlen empfehlenswerth sei; im Falle der Betheiligung sollen eigene Wahlmänner aufgestellt werden.

Die Parteikonferenz des Kreises Frankfurt-Lebus beschloß Betheiligung auf grund des Hamburger Beschlusses.

In der schon erwähnten Versammlung in Elberfeld theilte der Referent Dr. Quarck aus Frankfurt a. M. in Beziehung auf den Einwand, daß die Wahlbetheiligung wegen der Oeffentlichkeit der Abstimmung sich nicht empfehle, eine interessante Erfahrung aus der Provinz Hessen mit. Unter der früheren kurhessischen Landgemeinde-Ordnung hätten unsere Genossen dort keine Erfolge errungen, nachdem aber die preußische Landgemeinde-Ordnung mit öffentlicher Stimmabgabe eingeführt worden sei, hätten sie in einer Anzahl von Orten in der dritten Klasse gesiegt.

Jedenfalls zeigt dieses Vorkommniß, daß die öffentliche Abstimmung nicht überall als allzu gefährlich betrachtet wird.

Reichstagswahlkosten. Kreis Frankfurt-Lebus: Einnahme 2610,51, Ausgabe 2563,36 M. Kreis Calau-Luckau: Einnahme 1240,28, Ausgabe 1174,18 M.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Böttcher! Unsere Vereins-Versammlung am Sonntag, den 21. August, findet nicht nachmittags, sondern vormittags 10 Uhr bei Wilke, Andreasstr. 26 statt. Wegen der Aussperrung unserer Kollegen im Rheingebiet wird um zahlreiches Erscheinen gebeten. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Der 4. Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands begann am Mittwoch die Statutenberathung. Ein Antrag, den Rechtsschutz auf die Unfallversicherung auszudehnen, wurde abgelehnt. Lebhafte Diskussion rief die Frage der Beitragserhöhung hervor. Der Delegirte für München schilderte die niedrige Lohnlage der Arbeiterinnen Bayerns, Schumann aus Berlin den schlechten Verdienst der dortigen Arbeiterinnen. Wie diese Redner, erklärte sich auch Laatzen-Schiffbeck gegen die Erhöhung, während die Frauen Zietz-Hamburg, Kähler-Hamburg und Tröger-Offenbach zu gunsten der Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. für weibliche Mitglieder sprachen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt und beschlossen, noch einem Redner für und einem Redner gegen die Erhöhung der Beiträge das Wort zu ertheilen.

Aus Hamburg wird uns zum Bäckerstreik unterm 18. August geschrieben:

Nachdem die Bäckerinnung mit dem Mehl-, Geest-, Milch- und Torfboykott Fiasko gemacht hat, ist zu einem neuen Schlage ausgeholt worden. Den Backofenbauern von Hamburg und Umgegend wurde heute in einer vom Obermeister Knoft einberufenen Sitzung ein Revers zur Unterschrift vorgelegt worden, wonach sich jeder verpflichtet, bei einer Konventionalstrafe von 500 M. in keiner Bäckerei, wo die Forderungen der Gesellen bewilligt sind, irgend welche Reparaturen resp. Neuanlagen zu machen. Fünf Backofenbauer haben diesen Revers unterzeichnet. Erreichen wird man hiermit ebensowenig wie mit allen anderen derartigen Operationen, denn die Oefen werden trotz alledem gebaut und reparirt werden.

Die Antwort der Bäcker-Innungen zu Hamburg, Altona und Wandsbeck auf das Vermittelungsangebot des National-Sozialen Vereins lautet kurz und bündig: „Hamburg, 18. August 1898. An den National-Sozialen Verein in Hamburg, Herrn Dr. med. Marr. Auf Ihr Schreiben vom 12. d. M. theilen wir Ihnen mit, daß die unterzeichneten Innungen einstimmig beschlossen haben, das Ansinnen des National-Sozialen Vereins abzulehnen. Die Vorstände der Bäcker-Innungen Hamburg, Altona, Wandsbeck."

Beim Maurerstreik in Magdeburg betrugen die Ausgaben 64 648,40 M. Eingegangen sind 65 418,29 M., davon 47 908,15 M. aus dem Zentral-Streikfonds des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Die Norddeutschen Bau-Innungen faßten auf ihrem Bezirkstage zu Geestemünde folgenden Beschluß: „Bei ausbrechenden Streiks innerhalb des Bezirkes sendet die davon betroffene Innung ein alphabetisch aufgestelltes Namensverzeichniß der streikenden Arbeiter an den Bezirksvorstand, der sofort so viel Exemplare davon drucken läßt, wie Mitglieder im Bezirk sind, und davon den Einzelinnungen nach Zahl deren Mitglieder Exemplare zustellt, um so eine rasche und einheitliche Maßregel getroffen zu haben. Von den Einzelinnungen ist dem Bezirksvorstande außer der Liste der Mitglieder die Zahl derjenigen Unternehmer mitzutheilen, welche, obgleich nicht dem Verbande angehörend, gleichfalls mit Listen der streikenden Gesellen und Arbeiter zu versehen sein würden."

Man sieht, die Unternehmer nutzen ihr Koalitionsrecht in der gründlichsten Weise aus, und niemand von den „Staatserhaltenden" findet darin etwas Schlimmes. Wenn aber die Arbeiter das Koalitionsrecht energisch benutzen, um ihre wirthschaftliche Lage zu verbessern, was sie in 99 von 100 Fällen eben nur auf dem Wege des Kampfes erreichen, dann werden sie in der freien Ausübung ihres gesetzlichen Rechtes oft behindert, wie die Prozesse beweisen, die wegen der Warnungen vor Zuzug, wegen Aufstellens von Posten in der Nähe von Streikplätzen ꝛc. fortgesetzt gegen die Arbeiter angestrengt werden.

In Düsseldorf hat der Streik der Geiger'schen Former mit dem Siege der Arbeiter geendet. Man schreibt uns darüber: Dank dem guten Zusammenhalt der Streikenden sind die Forderungen bewilligt und keine Maßregelungen vorgekommen. Alt und Jung haben ihre Schuldigkeit gethan, besondere Achtung aber gebührt denjenigen, die trotz ihres vorgerückten Alters zu unserer Fahne hielten! Hoch die Organisation!

Die gegen die Gießereien Düsseldorfs ausgesprochene Sperre wird jedoch forterhalten.

Der Braunschweiger Bezirksverein des Verbandes der deutschen Buchdrucker beschloß betreffs der Einführung der vom Bundesrath für die Buchdruckereien erlassenen Arbeiterschutz-Bestimmungen, daß die Vertrauensmänner nochmals in dieser Sache bei den Prinzipalen vorstellig werden und das Resultat der Unterredung dem Vorstand mittheilen. Dieser soll dann, event. mit Hilfe des Gewerkschaftskartells resp. des Fabrikinspektors, weitere Schritte gegen jene Buchdruckereibesitzer unternehmen, die die gesetzlichen Vorschriften nicht befolgen.

Aus Leipzig meldet unser dortiges Parteiblatt: Sämmtliche Arbeiter des Leipziger Zweiggeschäfts der Brauerei Reisewitz bei Dresden befinden sich im Ausstand. Ihre Forderung, jedem Mann pro Woche 3 M. zuzulegen, wurde vom Direktor Benkendorff, der eigens von Dresden hierher gekommen war, abgelehnt. Die Arbeiter, Kutscher und Schaffner erhielten einen Wochenlohn von

15 M. bei 15½stündiger Arbeitszeit pro Tag und 2 pCt. von den Einnahmen, die aber, um die Kundschaft zu erhalten, verzehrt werden mußten, da fast sämmtliche Abnehmer kleine Geschäftsleute sind, die ihre Kundschaft in Arbeiterkreisen haben.

In Gera sind zwischen der Leitung des Brauvereins und den ausständigen Brauern Verhandlungen im Gange.

In Greiz sind 60 Tischler wegen Lohndifferenzen gekündigt worden. 15 derselben haben am Sonnabend die Arbeit eingestellt. Gefordert wird: zehnstündige Arbeitszeit (bisher elfstündig), 15 pCt. Lohnerhöhung (bisher Mindestlohn 11 M., Durchschnittslohn 15 M., Höchstlohn 21 M.), Abschaffung der Akkordarbeit, 10 Pf. Aufschlag für Ueberstunden-, 20 Pf. Aufschlag für Sonntagsarbeit, Einführung von Lohnbüchern, bestimmte Auslösung bei auswärtigen Arbeiten.

In Pfersee bei Augsburg legten am Dienstag die Former der Firma Gebr. Demharter die Arbeit nieder. Sie fordern: 10 pCt. Lohnerhöhung, Wegfall der Abzüge für Ausschuß bei Lohnarbeit, bessere Behandlung, Anbringung von Schutzvorrichtungen an Krahnen, Anstellung eines Gießmeisters, Beseitigung einer Anzahl sanitärer Mißstände und Einrichtung einer Ventilation in der Gießerei.

Die Glaser in Freiburg in Baden stehen im Streik.

Zu den Differenzen in den Brauereien Mannheims schreibt die „Volksstimme": Die Arbeiter der Brauereien Mannheims befinden sich schon seit Monaten in einer Lohnbewegung, die vor vier Wochen zur Einreichung der gemeinsamen Forderungen der Mannheimer Brauerei-Arbeiter führte. Der Termin zur Beantwortung der Forderungen war auf den 2. August festgesetzt mit der Maßgabe, daß am 16. August die Arbeit niedergelegt werde, wenn bis dahin die Differenzen nicht geregelt sind. Die Brauereien würdigten das Schreiben der durch zwei Mitglieder des Gewerkschaftskartells verstärkten Lohnkommission nicht einmal einer Antwort. Sie reagirten auch nicht auf ein zweites Schreiben, das ihnen zugestellt wurde und für dessen Beantwortung als letzter Termin der 16. August bestimmt war. Dagegen wurde in verschiedenen Brauereien unter der Hand der Versuch gemacht, einen Theil der Arbeiter durch kleine Lohnaufbesserungen, die sich aber lange nicht mit den Forderungen der Arbeiter deckten, auf Seite der Arbeitgeber zu bringen. Die Brauereien, die dem Vernehmen nach einen sich über Ludwigshafen, Frankenthal, Speyer, Schwetzingen u. s. w. erstreckenden Ring geschlossen haben, glauben auf diese Weise der Bewegung entgegentreten zu können. Sie werden sich wohl getäuscht haben. Die Brauereiarbeiter sind gewillt, ihre von dem Gewerkschaftskartell gutgeheißenen Forderungen hochzuhalten. Es wurde in zwei Versammlungen am 15. August beschlossen, daß vorerst die Arbeiter der zwei Brauereien, wo sich die größten Mißstände finden, in den Ausstand treten sollen. Es sind dies die Brauereien Löwenkeller und Durlacher Hof. Im Löwenkeller streiken bis auf den Braumeister, den Maschinenmeister, den Nachtwächter und einige zwei oder drei Tagelöhner sämmtliche Leute, im Durlacher Hof etwa 40 Mann, während zirka 12 in Arbeit blieben.

Bereits am 16. August ließen die Brauereien Mannheims und des benachbarten Ludwigshafens Tausende von Flugblättern vertheilen, worin sie sich zu rechtfertigen versuchen. Sie geben dabei eine Uebersicht über die von ihnen gezahlten Durchschnittslöhne, die nach Angabe der Arbeiter mit den Thatsachen nicht übereinstimmt.

Die Forderungen, um deren Durchführung es sich handelt, sind:

1. Der wöchentliche Mindestlohn soll betragen: Für alle Brauer, Mälzer, Küfer, Maschinisten und Handwerker 28 M.; für Hilfsarbeiter, welche Brauer- und Mälzerarbeiten, wenn auch nur einen Tag in der Woche, verrichten müssen, und für Kutscher im ersten Jahre 22, im zweiten Jahre 24, im dritten 26 und über drei Jahre hinaus 28 M., für Heizer im ersten Jahre 24, im zweiten 26 und im dritten Jahre 28 M.; für alle übrigen Arbeiter im ersten Jahre 21, im zweiten 23 und im dritten Jahre 24 M. Ueberstunden sollen an alle Arbeiter ohne Unterschied der Kategorien Werktags mit 50 Pf. und Sonntagsarbeit mit 60 Pf. pro Stunde vergütet werden.

2. Anerkennung des Arbeitsnachweises.

3. Genaue Einhaltung der zehnstündigen Arbeitszeit, vollständige Sonntagsruhe, Vergütung des Lehr- und Streckengeldes an Landfuhr-Kutscher, der du jour-Arbeit ꝛc. und wöchentliche Auszahlung der Löhne wie bisher.

4. Alle Abmachungen sollen schriftlich und für beide Theile bis zum 1. Januar 1901 verbindlich gemacht werden.

In Straßburg i. E. ist am 16. August bei der Rheinschifffahrts-Gesellschaft der Verlade-Arbeiter ein Ausstand ausgebrochen, woran etwa 60 Mann betheiligt sind. Dieselben sollten sich, trotz bereits ungenügender Bezahlung bei dreizehnstündiger schwerer Arbeit, eine weitere Reduzirung der Löhne gefallen lassen. Es finden Verhandlungen zwischen Streikleitung und Direktion zum Zwecke eines friedlichen Ausgleichs statt. Auch die kaufmännischen Angestellten der Gesellschaft, deren Geschäftsgang durchaus befriedigend ist, klagen über geradezu jämmerliche Bezahlung.

Die Schutzzoll-Bestrebungen im Gartenbau.

Aus Gärtnerkreisen wird uns geschrieben:

Sie waren wieder einmal beisammen die Herren Schutzzöllner des Gartenbaues. Am 10. August tagte in Halle der Handelsgärtner-Verband Deutschlands, der über 2850 Mitglieder verfügt und sich als Vertreter der deutschen Gärtnerei aufspielt. Schon seit Jahren geht man hier mit der Einführung eines Schutzzolles auf Gartenbau-Produkte krebsen, und auch diesmal erklärte man sich einstimmig für denselben. Es hätte vielleicht nicht viel zu sagen, wenn es nur diese paar Handelsgärtner wären, welche nach einem Schutzzoll verlangten, bilden sie doch nur eine kleine Minorität von den 24 768 Hauptbetrieben, welche nach der letzten Berufszählung im Reiche existiren. Aber auch in einer großen Anzahl lokaler Handelsgärtner-Vereine strebt man diesem Ziele entgegen und fünf Tage vor dem Handelsgärtner-Verbandstag tagten in Leipzig eine Reihe von Arbeitnehmervereinen (Kunstgärtnervereine), die mit einer Stimmenzahl von 2244 gegen 109 sich ebenfalls für einen Schutzzoll erklärten. Es bedarf wohl keiner weiteren Erwähnung, als daß diese Vereine nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Diese beiden Schutzzoll-Versammlungen geben jedoch Veranlassung, dieser Frage ein wenig näher zu treten, umsomehr, da auch der Arbeiter bei einem derartigen Schutzzoll sehr stark interessirt ist.

Der Ruf nach Schutzzoll im Gartenbau datirt seit etwa fünfzehn Jahren, seit der Zeit, wo infolge verbesserter Verkehrsbedingungen mit dem Süden Europa's die Einfuhr italienischer und südfranzösischer Blumen und Gemüse erheblich gestiegen ist. Mittlerweile ist dieser Import gar so sehr angewachsen, so daß zu Zeiten, namentlich im Frühjahr, gar nicht genügend Absatz zu schaffen ist, und die Waare in unzähligen Kollis verfaulen muß. Klima und Bodenverhältnisse sind im Süden dem Gartenbau so außerordentlich günstig, so daß hier mit geringen Kosten ungeheure Mengen von Gartenfrüchten und Blumen produzirt werden, oder richtiger gesagt, eigentlich von selbst wachsen, daß man nur nöthig hat, die Früchte zu ernten, einzupacken und zu expediren. Der Ertrag ist durchweg ein guter, die Kosten sind nicht groß und das Porto nicht bedeutend. So kommt denn die Waare in Massen in Deutschland an, wo sie für ein billiges Geld losgeschlagen wird. Konsument dieser Waare ist größtentheils der Arbeiter. Das sogenannte bessere Publikum, das in der Wahl seiner Eltern ein wenig vorsichtiger war, hält sich an die zwar theureren, aber in bezug auf Qualität auch bedeutend besseren einheimischen Produkte.

Neben den Blumen und dem Gemüse aus Italien und Frankreich wird weiter in großen Quantitäten frisches Obst eingeführt aus Oesterreich-Ungarn, der Schweiz und seit einigen Jahren auch aus Amerika. Weiter werden noch aus Holland und Belgien fertige Verkaufspflanzen und Blumenzwiebeln zum speziellen Aerger der Berliner Handelsgärtner eingeführt. Da aber diese Produkte, die Blumenzwiebel etwa ausgenommen, für den Arbeiter zunächst weniger in betracht kommen, so wollen wir uns hier einstweilen nur mit den ersten drei Gruppen beschäftigen. Betrachten wir uns zunächst einmal die Größe der Einfuhr. Diese betrug:

	Blumen	Gemüse	Obst
1885	293 000 kg	33 132 000 kg	70 385 700 kg
1890	1 441 100 „	51 763 300 „	92 143 400 „
1895	2 209 600 „	82 513 700 „	117 451 600 „
1896	2 453 600 „	83 648 900 „	104 604 100 „
1897	2 808 500 „	97 217 700 „	141 372 800 „

Demgegenüber war die Ausfuhr ganz minimal; sie betrug, um nur einen Vergleich zu ermöglichen, im Jahre 1897 an

Blumen	Gemüse	Obst
294 800 kg	36 685 700 kg	21 154 100 kg

Es liegt auf der Hand, daß dieser gewaltige Ueberschuß der Einfuhr auch seine Konsumenten finden muß. Wer diese Konsumenten sind, ist bereits gesagt. Die Einführung eines Schutzzolles — man schwärmt für einen sehr hohen — wird nothwendigerweise den Import mächtig hemmen, und das dann noch Importirte wird so sehr im Preise steigen, daß es für den Arbeiter gleichbedeutend wird mit vollständiger Verzichtleistung auf frische Gartenbauprodukte während des Winters und des zeitigen Frühjahrs. Obst und Gemüse sind aber so sehr Volksnahrungsmittel geworden, daß der Arbeiter alle Ursache hat, in der Angelegenheit des Schutzzolles auf Gartenbauprodukte ein Wörtchen mitzureden. Und auch auf die importirten frischen Blumen im Winter möchte er nicht gern verzichten. Zwar ist bis zum Ablauf der in betracht kommenden Handelsverträge noch einige Jahre Zeit, doch wird der neugewählte Reichstag, wenn sonst die Verhältnisse normal bleiben, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen haben und für den Proletarier heißt's bei Zeiten die Augen offen zu halten. Die Schutzzöllner suchen mit allen Mitteln oben Einfluß zu bekommen. Hier lädt man sich bereits Vertreter des Ministeriums in die Versammlungen und erzählt von 40 Millionen jährlicher Einnahme, die dem Reiche aus dem Schutzzoll auf Gartenbauprodukte erwachsen sollen.

Nicht übergehen dürfen wir bei Erörterung dieser Angelegenheit die Frage, ob die heimische Gärtnerei überhaupt in der Lage ist, den Bedarf des Inlandes zu decken?

Diese Frage muß verneint werden. Ganz abgesehen davon, daß es eine große Anzahl von Pflanzen giebt, die zu vermehren dem deutschen Gärtner überhaupt vollständig unmöglich ist, erlauben es auch unsere klimatischen Verhältnisse gar nicht, im Winter das an Blumen, Obst und Gemüse heranzuziehen, was verlangt wird. Der Beweis hierfür liegt schon darin, daß neben den heimischen Produkten eine große Menge Einfuhrwaare Absatz findet.

Thatsächlich ist allerdings ein großer Theil der Handelsgärtner in keiner beneidenswerthen Lage, jedoch liegen die Ursachen dieses Umstandes ganz wo anders als in der Einfuhr ausländischer Waare. Von den 24 768 Hauptbetrieben, sind allein 11 314 Betriebe, die gar kein Personal beschäftigen, in weiteren 11 040 Betrieben sind je 2—5 Personen thätig und nur 1772 beschäftigen je 6—10 und der Rest von 642 Geschäften über 10 Personen. Der überstarke Kleinbetrieb einerseits, die riesige Vernachlässigung der Gärtnerei und die vollständige Nichtbeachtung technischer wie wissenschaftlicher Errungenschaften andererseits sind es, die den wirthschaftlichen Ruin so mancher Gärtnerei bedingen.

Die der Neuzeit entsprechend eingerichteten Großgärtnereien dagegen floriren glänzend. Gehen wir einmal hinaus in Berlins Umgegend, da werden wir staunen über die praktischen Einrichtungen der großen und die Verwahrlosung der kleinen Gärtnereien! Auch der Gemüse- und Obstbau liegt bei uns noch sehr darnieder. Bei rationeller Bodenkultur könnte auch hier bedeutend mehr erreicht werden. Dieses aber einzusehen, ist das Gros der Gärtner zu kurzsichtig; es erblickt die Gefahr nur in dem Import und daher auch das Schreien nach einem Einfuhrzoll zum Schutz der „nationalen Arbeit".

Soziales.

Den Bau eines eigenen Krankenhauses plant die Ortskrankenkasse in Remscheid. Der Regierungspräsident versagte die Genehmigung, auf die Berufung der Krankenkasse hob jedoch das Handelsministerium diese Entscheidung auf und ertheilte die Genehmigung. Die Entscheidung des Ministeriums ist von grundsätzlicher Bedeutung. Im Krankenkassengesetze ist von der Errichtung von Krankenhäusern durch Krankenkassen schon die Rede, aber dabei wird von Kassenverbänden, nicht von einer einzelnen Kasse, als der Trägerin des Unternehmens gesprochen. In § 46, der von den Rechten der Kassenverbände handelt, wird zu den etwaigen Aufgaben der Kassenverbände die „Anlage und der Betrieb gemeinsamer Anstalten zur Heilung und Verpflegung erkrankter Mitglieder" gerechnet. Nach der ministeriellen Entscheidung steht aber nichts im Wege, daß auch eine einzelne Krankenkasse eigens für ihre Mitglieder eine Krankenanstalt errichtet.

Wie in Remscheid ist schon an anderen Orten die Errichtung von Heilanstalten durch die Krankenkassen erwogen worden, so neuerdings in Frankfurt a. M.

Ueber die Einführung einer einheitlichen Ladenschlußstunde auf dem Wege der freien Vereinbarung zwischen den Geschäftsinhabern schreibt die „Soziale Praxis" zutreffend: „Derartige Bestrebungen haben nur insofern Werth, als sie beweisen, daß selbst bei einem Theile der Prinzipale der Wunsch nach einem früheren Schluß der Geschäfte existirt. Für die Lage der Angestellten sind sie jedoch nahezu ohne Bedeutung. Denn es dauert gewöhnlich nicht lange, dann wird die Vereinbarung von einem oder mehreren Geschäftsinhabern durchbrochen und mit dem früheren Schluß der Geschäfte ist es vorbei. Jeder Tag bringt dafür Beweise. Eine für die Angestellten segensreiche Maßregel wird erst die gesetzliche Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses sein. Der Umstand, daß immer mehr Ladeninhaber eine einheitliche Ladenschlußstunde wünschen, sollte die Regierung doch endlich veranlassen, diese Maßregel zu verordnen."

Elektrische Bahnen in Europa. Ueber die Länge der im Betrieb befindlichen elektrischen Bahnen Europa's und die Zahl der auf ihnen verkehrenden Wagen bringt die „Zeitschrift für Kleinbahnen" nach der „Industrie Electrique" eine Zusammenstellung, der wir Folgendes entnehmen.

Es waren in Betrieb:

in	Länge der Bahnen 1897 Kilometer	Länge der Bahnen 1898 Kilometer	Zahl der Wagen 1897	Zahl der Wagen 1898
Deutschland	642,69	1138,20	1631	2403
Frankreich	279,36	396,80	432	664
Großbritannien und Irland	127,45	157,20	195	252
Italien	115,65	132,70	289	311
Oesterreich-Ungarn	83,89	106,50	194	243
Schweiz	78,75	146,20	129	237
Spanien	47,00	61,00	40	50
Belgien	34,90	69,00	73	107
Rußland	14,75	30,70	48	65
Schweden-Norwegen	7,50	24,00	15	43
Serbien	10,00	10,00	11	11
Bosnien	5,60	5,60	6	6
Rumänien	5,50	5,50	15	15
Holland	3,30	3,20	14	14
Portugal	2,80	2,80	3	3
zusammen	1459,06	2289,40	3095	4514

Hiernach steht Deutschland hinsichtlich der Entwickelung des elektrischen Bahnbetriebes obenan; die Länge der zur Zeit elektrisch betriebenen Bahnen in Deutschland beträgt fast ebensoviel wie diejenige der elektrischen Bahnen in allen übrigen Ländern Europa's zusammengenommen.

Arbeiter-Risiko. Aus dem Waldenburger Kohlenrevier wird uns geschrieben: Ueber das bereits gemeldete Unglück auf der Segen-Gottes-Tiefbau-Grube in Altwasser ist noch mitzutheilen: Zwei Fehrhäuer (technische Beamte) und zwei Berghäuer, worunter der Knappschaftsälteste Müller sich befand, wollten früh 6 Uhr ausfahren. Als sich die Förderschale gegen 50 Meter gehoben hatte, brach das „Herz", woran der Korb hängt, und die Unglücklichen stürzten mit großer Gewalt in die Tiefe. Sie waren sofort todt. Auch hier mag es an der nothwendigen Untersuchung gefehlt haben. Durch Heranziehung der Arbeiter zur Grubeninspektion kann den Unfällen besser vorgebeugt werden als jetzt.

Beim Brunnenbohren wurde in Haltern in Westfalen der 35jährige Maurer Pelster in einer Tiefe von 25 Fuß durch einstürzende Erdmassen verschüttet und getödtet. Der Verunglückte hinterläßt Frau und drei Kinder.

Die Bäckereien in San Francisco sind im letzten Jahre einem besonderen Gewerbe-Inspektor unterstellt worden. Auf seine Veranlassung haben nicht weniger als 257 Betriebe vollständig umgewandelt werden müssen. Die meisten Bäckereien werden einer täglichen Inspektion unterzogen.

Auch für die Inspektion der **Waschanstalten** sind in San Francisco besondere Aufsichtsbeamte angestellt; deren Thätigkeit hat gleichfalls eine Besserung der sanitären Verhältnisse in den Betrieben zur Folge gehabt.

Spanien und Amerika.

„Morning Post" meldet, daß sein Washingtoner Korrespondent einen der bereits ernannten Delegirten zum Friedenskongreß interviewte. Die allgemeine Ansicht dieser Männer geht dahin, daß der Friedenskongreß in Paris möglicherweise ein Jahr dauern kann.

„Morning Post" meldet ferner aus Washington, daß sich der gestrige Ministerrath ganz besonders mit der Administration von Kuba und Portorico beschäftigt hat. General Lawton hat Befehl erhalten, keine Unruhen seitens der Insurgenten auf Kuba zu dulden.

Mac Kinley hat, der „Int. Korr." zufolge, dem päpstlichen Legaten Monsignore Martinelli zugestanden, daß vor der endgiltigen Regelung der Verwaltungszustände auf Kuba und den Philippinen alle von der Kurie zu erhebenden Ansprüche und Forderungen den betr. Kommissionen unterbreitet werden sollen. Es werden daher seitens des päpstlichen Stuhles sogleich besondere Bevollmächtigte nach den Inseln entsandt werden, um über alle die katholische Kirche und die geistlichen Orden betreffenden Verhältnisse genaue Erhebungen zu veranlassen.

Unter den in Montauk Point (Long Island) aus Santiago eingetroffenen amerikanischen Truppen wurden sieben Fälle von gelbem Fieber festgestellt; außerdem werden noch 61 Krankheitsfälle als fieberverdächtig angesehen.

Ueber die letzten kriegerischen Ereignisse auf den Philippinen wird noch gemeldet, und zwar aus Madrid: Der Marineminister erklärte, daß der gestrige Ministerrath sich nur mit Telegrammen über den Fall von Manila beschäftigt habe. Aus diesen sei festgestellt worden, daß Manila einige Stunden nach Unterzeichnung des Friedensprotokolls gefallen sei. Die Regierung hat bis jetzt keine weiteren Nachrichten von den Philippinen erhalten, der Kriegsminister hat deshalb sofort telegraphisch genaue Einzelheiten verlangt. Das New-Yorker „Evening Journal" meldet aus Manila: Jaundenes stellte bei der Uebergabe nur wenige Bedingungen. Die Hauptbedingung war, daß die Amerikaner sich bereit erklären sollten, die Spanier gegen die Insurgenten zu schützen. Soweit die Amerikaner des spanischen Besitzes sich bemächtigten, legten die Spanier ihre Waffen nieder, mit Ausnahme der Truppen im Norden der Altstadt, denen gestattet wurde, in den Laufgräben zu bleiben, um die Insurgenten in Schach zu halten. Während des Angriffs der Amerikaner auf Manila sollen 150 Spanier getödtet und 800 verwundet worden sein.

Der deutsche Kreuzer „Kaiserin Augusta", welcher nach dem Fall von Manila mit Depeschen vom Admiral v. Diederich's nach Hongkong gesandt worden war, geht heute nach Manila zurück. An Bord desselben ist der seit Anfang dieses Monats seines Amtes enthobene Gouverneur von Manila, General Augustin nebst Familie, in Hongkong angekommen, welchem auf seine Bitte der deutsche Geschwaderchef nach Benehmen mit dem amerikanischen Oberbefehlshaber die Mitreise gestattet hatte. General Augustin ist nach Spanien weitergereist.

Innere Unruhen in Spanien. Aus Madrid wird der „Köln. Zeitung" unterm 14. August geschrieben, daß in Alcalá die Personen verhaftet wurden, die um den Plan der Aufrührerbande gewußt haben, und daß ihre Verhaftung vom Militärrichter bestätigt wurde. Ueber die Bande selbst heißt es:

Gendarmerie aus S. Mateo traf die Aufrührerbande zwischen Cuevas und Sarratella und gab Feuer, das sofort beantwortet wurde. Die Aufrührer zogen sich darauf in die Atalayasberge bei Alcalá zurück in der augenscheinlichen Absicht, die Beccitepässe zu gewinnen; doch sind diese inzwischen von den Truppen besetzt. Von Castellon und andern Orten sind neue Abtheilungen zur Verfolgung aufgebrochen. Man beginnt sich allgemein darüber zu wundern, wie es möglich ist, daß sich die Bande so lange halten und in wenigen Tagen das halbe Maestrazgo durchziehen kann. Der „Heraldo de Castellon" führt das darauf zurück, daß die Gemeindevorstände und Einwohner jenes Bezirkes die Mitglieder der Bande zu beschützen und zu verbergen scheinen, was wiederum nur dadurch erklärlich ist, daß der politische Charakter der Leute trotz der angeblichen Hochrufe auf die Republik karlistisch ist. Auch in Cati wurden ihnen „Rationen" verabfolgt.

Nach weiteren Meldungen der „Köln. Ztg." wurde in Barcelona der ehemalige Karlistenoberst Luis Garcia verhaftet, in Villafranca treibe sich ein Karlistenoberst herum und werbe junge Leute für den Aufstand an.

Der spanisch-amerikanische Krieg hat auch auf die **schweizerische Industrie** seine nachtheilige Wirkung gehabt. So ist in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres die schweizerische Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten um 5 Millionen, nämlich von 31½ auf 26½ Millionen Franken zurückgegangen. In den ersten zwei Monaten hatte aber der Export um 1½ Millionen mehr betragen, fiel dann jedoch von Monat zu Monat, so daß der erhebliche Ausfall entstand. Der größte Theil desselben entfällt allein auf die Stickerei-Industrie.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kiel, 18. August. (W. H.) Auf der Krupp'schen Germaniawerft hier werden demnächst für die russische Regierung mehrere Panzerkreuzer und Torpedojäger erbaut werden. Zum Abschluß der Lieferverträge hat sich der Direktor der Werft nach Petersburg begeben.

Trani, 18. August. (W. T. B.) Infolge von Wolkenbrüchen ist die Stadt theilweise überschwemmt. Mehrere Häuser drohen einzustürzen. Viele Familien mußten in den öffentlichen Gebäuden untergebracht werden. Eine Person fand in den Fluthen den Tod. Die Behörden zogen Militär herbei, welches die Arbeiten für Abfluß der Wassermengen ausführen soll.

Paris, 18. August. (W. T. B.) Wie der Kriegsminister Cavaignac seinerzeit auf der Tribüne der Kammer mitgetheilt hat, wird Major Esterhazy vor ein Untersuchungsgericht gestellt, dessen Zusammensetzung das Militärgouvernement von Paris bestimmen wird.

London, 18. August. (W. H.) Der Kapitän des Wallfischfängers „Thistle" soll eine Andree'sche Brieftaube geschossen haben, welche die Botschaft überbrachte, Andree befinde sich wohlauf am Nordpol.

Konstantinopel, 18. August. (W. T. B.) Die vier Großmächte, an welche die Pforte die Zirkularnote, betreffend den Wechsel der türkischen Truppen in Kreta richtete, haben eine ablehnende Antwort ertheilt. — Die serbische Regierung hat bei der Pforte die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Skutari nach einem später zu bestimmenden Orte an der serbischen Grenze nachgesucht.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 193. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Freitag, 19. August 1898.

Lokales.

Die Delegirten der Orts-Krankenkasse der Schneider und Schneiderinnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Generalversammlung heute Abend im Klubhause, Kommandantenstraße 72, stattfindet.

Die „Reorganisation" der Berliner Polizei scheint völlig ins Stocken gerathen zu sein. Wenigstens verlautet offiziell selbst über Einrichtungen zur Verringerung des Schreibwerks nichts mehr. Wie wünschenswerth — ganz von tiefergehenden, im Interesse der Sicherheit Berlins wünschenswerthen grundsätzlichen, von uns wiederholt dargelegten Aenderungen — eine Verringerung des Schreibwerks ist, beweist uns z. B. ein dickes, über den Berliner Bier-Boykott unter dem vorigen Polizeipräsidenten geführtes Aktenstück. In diesem ist z. B. folgender Bericht des Kommandos der Schutzmannschaft vom 25. August 1894 an das Präsidium selbst zu lesen:

„Dem königlichen Polizeipräsidium berichtet das Kommando in Verfolg der hohen Verfügung vom 20. d. Mts. J.-Nr. 2367 gehorsamst, daß der Bierboykott auf den Verkauf von Bier in den Dienstlokalen der untergebenen Dienststellen einen nennenswerthen Einfluß bisher nicht gehabt hat. Boykottirtes Bier wird in den meisten Revieren getrunken. In einem Revier trinken die Mannschaften ausschließlich nicht boykottirtes Bier, da der betreffende Schankwirth dieses zu führen durch die sonstige Kundschaft gezwungen worden ist. In einer anderen Dienststelle haben die Beamten beim Eintritt des Bierboykotts das Bier des Münchener Brauhauses abgeschafft, müssen dieses aber — da der Schankwirth dem Drucke seiner übrigen Konsumenten nachgeben mußte — wieder beziehen. In fünf Revieren haben einige Beamte das schon vor dem Eintritt des Boykotts konsumirte, nicht boykottirte Bier beibehalten, da sie sich an den Geschmack desselben gewöhnt haben. Der Verbrauch von boykottirtem Bier ist in fünf Revieren zurückgegangen. In vier derselben haben einzelne Schutzmänner von den betreffenden Schankwirthen, die im Interesse ihrer Geschäfte statt boykottirten Bieres boykottfreies anzuschaffen gezwungen waren, letzteres bezogen, während andere — um dieses nicht trinken zu müssen — zu dem Genuß von Weißbier übergegangen sind u. s. w."

So interessant der Bericht und ähnliche auch für uns und wohl auch für einige unserer Leser noch sein mögen — unseretwegen war solcher Bericht höchstens zwecks Kontrolle mit den aus anderer Quelle stammenden Nachrichten dankenswerth. Der Polizeipräsident wollte doch aber nicht zu diesem Zweck jenes Aktenbündel zusammengeschrieben wissen. Solche Unterstützung war auch seitens der Arbeiterschaft keineswegs erbeten. Und darüber, daß solche Recherchen und Berichte mit der Aufgabe der Polizei, „für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen", schlechterdings nichts zu thun hatten, war doch auch der Polizeipräsident nicht ununterrichtet. Ueberflüssige Arbeit belastet nicht nur die einzelnen Beamten der Polizei und das Präsidium. Das eben ist der Fluch von Schreibarbeit, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Kaum hatte der Polizeipräsident den Boykottbericht gelesen, so überlegte er amtlich: was mach' ich nun mit diesen Akten? Soll weiter ich mit Berichterstattungen fortfahren lassen oder übersende ich die Akten der Amtsanwaltschaft oder thue ich beides? Es ordnete der Polizeipräsident beides an. Abermals wurde die Schreibarbeit also vermehrt und abermals noch andere Beamten mit Sachen beschwert, die doch mit der „Sicherheit" Berlins keinerlei Zusammenhang hatten. Wir werfen hierbei die Frage auf: „Steht die Zunahme der Nichtentdeckung der Thäter schwerer Verbrechen in Berlin in den Jahren 1890 bis 1896 mit einer Ueberlastung der Beamten durch Schreibarbeit, durch Recherchen politischer Natur und durch Daul- und sonstige Schreiben an Großindustrielle in Verbindung?" Wenn dem so ist dann hat man aber auch in amtlichen Kreisen alle Ursache in den Ruf einzustimmen: Vorwärts mit der Entlastung der Polizei von Dingen nicht sicherheitspolizeilicher Natur!

Ueber einen polizeilichen Fehlgriff wird uns folgendes berichtet: Vorgestern Abend gegen 9 Uhr befanden sich zwei Damen in dem Restaurant von Bols, Friedrichstr. 169. Kaum hatten sie einige Zeit in dem Lokal Platz genommen, so wurden sie in der unanständigsten Weise von zwei Herren belästigt und mit zotigen Redensarten bedacht. Die Damen verließen hierauf schnell das Lokal, nachdem sie sich in der nachdrücklichsten Weise dieses Gebahren verbeten hatten. Sie lenkten ihre Schritte nach der Passage und waren nicht wenig überrascht, als sie hier von einem Schutzmann aufgefordert wurden, mit ihm den Weg zur Polizeiwache anzutreten. Das geschah natürlich unter Aufgebot einer riesigen Menschenansammlung. Dabei bemerkten die Damen, daß die beiden rücksichtslosen Burschen aus dem Lokale Friedrichstraße 169 sie verfolgt hatten, und auf der Polizeiwache legitimirte sich der eine als ein Fabrikdirektor Z., wohnhaft Görlitzer Ufer. Die Behandlung, die den Damen auf der Polizeiwache zu theil wurde, übergehen wir, sie muß aber als eine durchaus unangebrachte bezeichnet werden. Ueber die Ursache der Verhaftung waren die Inhaftirten vollkommen im Ungewissen. Auf der Wache hörten sie zu ihrem Erstaunen, daß einer von den Beamten zu der Annahme kam, eine der Damen müsse ein Herr sein und treibe in diesem Aufzug Unfug. Wie sich später herausstellte, hatte wohl auf diese Vermuthung hin der „galante" Fabrikdirektor die Verhaftung der beiden Damen veranlaßt.

Nach langem Harren, es waren nahezu zwei Stunden vergangen, erschien endlich der Lieutenant des Reviers, der bereits von der einen schon freigelassenen Dame, eine verheirathete Frau R., über den Sachverhalt aufgeklärt war. Dieser ordnete nun sofort an, daß ein Beamter mit zur Wohnung der noch inhaftirten Dame ging und hier stellte sich dann heraus, daß der angebliche Herr eine an demselben Tage aus Wien zugereiste Dame ist, die sich durch ihren Paß legitimiren konnte. Trotzdem mußte die Dame abermals den Weg nach der Polizeiwache antreten und erst hier ordnete der Polizeilieutenant die Freilassung der Dame an. Die Sache wird für den Herrn Fabrikdirektor, der sich die gröbsten Beleidigungen gegen die Damen erlaubte und sie mit Redensarten behelligte, die in der Halbwelt gebräuchlich sind, noch ein ernstes Nachspiel haben. Wünschenswerth wäre es aber gewesen, wenn auch die Polizei eine so leichtfertige Denunziation schneller auf ihren wahren Gehalt zurückgeführt hätte.

Krieg gegen weibliche Aerzte. Mehrere Zeitungen schreiben, augenscheinlich durch eine zunftärztliche Korrespondenz bedient: „Die von mehreren Orts-Krankenkassen geplante Anstellung weiblicher Aerzte stößt auf ein eigenartiges Hinderniß, nämlich eine Bestimmung der preußischen Apotheken-Betriebsordnung vom 16. Dezember 1898. Daselbst heißt es wörtlich: „Arzneien, welche nicht von approbirten Aerzten verschrieben sind, dürfen nur dann angefertigt werden, wenn sie lediglich aus solchen Mitteln bestehen, welche auch im Handverkauf abgegeben werden. Da aber die meisten in Deutschland praktizirenden Aerztinnen keine ärztliche Approbation im Sinne des § 29 der Gewerbe-Ordnung besitzen, so sind sie, nach mehrfachen gerichtlichen Entscheidungen nicht als approbirte Medizinalpersonen anzusehen. Die preußischen Apotheker dürfen auf Verordnung der meist in der Schweiz approbirten Aerztinnen demzufolge, wie es auch jetzt geschieht, nur solche Arzneimittel abgeben, welche im Apothekenhandverkauf freigegeben sind."

Diese neueste Kampfeswaffe gegen die wohlthätige Ausübung der Praxis seitens weiblicher Aerzte ist recht stumpf, dem ärztlichen Weiberfeind mußte es doch schon auffallend erscheinen, daß Rezepte im Ausland approbirter männlicher Aerzte anstandslos in allen Apotheken ausgefertigt werden. Der Apotheker kann sich doch insbesondere in allerwenigsten Fällen nicht erste eine Approbationsurkunde vorlegen lassen. Diese Praxis ist durchaus gerechtfertigt und was dem Manne recht ist, sollte der Frau gegenüber doch auch billig sein. Und ist es trotz der von jener Korrespondenz oben zitirten preußischen Apotheken-Betriebsordnung. Diese Apotheken-Betriebsordnung darf, kann und will wohl auch sich als preußisches Gesetz trotz aller um ihre ungeschmälerte Praxis besorgten ärztlichen Handwerker männlichen Geschlechts nicht in Widerspruch mit einem Reichsgesetz setzen. Nach § 29 der Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich ist die Ausübung der Heilkunde freigegeben. Ist die Ausübung der Heilkunde freigegeben, so sind es auch die Mittel zu dieser Ausübung. Und dazu gehört die Anfertigung von Medikamenten. Jedermann — und dazu gehört auch jedes weibliche Wesen, selbst wenn es eine vom Ausland approbirte Aerztin ist — ist darnach zur Anfertigung von Medikamenten berechtigt. Thöricht wäre es nun, durch Gesetze vorschreiben zu wollen: Medikamente selbst anzufertigen, ist nach dem Sinne des Reichsgesetzes niemandem verboten, ich verbiete ihm aber, sich Medikamente anfertigen zu lassen — es sei denn ein in Deutschland approbirtes Individuum. Nimmt man aber an, das preußische Gesetz begehe diese Thorheit den nicht in Deutschland approbirten Aerzten gegenüber — und man kann der Korrespondenz zugeben, daß der Wortlaut des preußischen Gesetzes hierfür spricht — so läge alle Veranlassung vor, daß diejenigen männlichen Aerzte, die die Heilkunde nicht des Erwerbs, sondern des Nutzens ihrer Mitmenschen halber ausüben, energisch dafür eintreten, daß die zitirte Bestimmung der Apotheker-Betriebsordnung aufgehoben oder mindestens dahin durch den Gesetzgeber eingeschränkt wird, daß alle im Ausland oder Inland approbirten Aerzte beiderlei Geschlechts mit Erfolg rezeptiren dürfen. Jedenfalls zeigt auch diese Bestimmung, wie nothwendig eine Zulassung des weiblichen Geschlechts zur ärztlichen Approbation in Deutschland ist. Exzellenz Dr. Bosse meinte einmal: „Ich stehe der Frauenbewegung durchaus freundlich gegenüber." Sollte das Bild des „Wahren Jakob" Recht haben, daß dabei an die auf dem Zweirad bewegten Frauen gedacht war? Ein vorgelegter Gesetzentwurf, der die Frauen zur Aerzte-Approbation in Deutschland zuläßt, ist mehr werth, als der unfruchtbare „freundliche Standpunkt".

Daß die tropische Hitze der letzten Tage ebenso verderblich auf die Vogelwelt wirkt, wie außergewöhnliche Winterkälte, konnte man an verschiedenen Stellen wahrnehmen; namentlich junge Thiere, denen der Trunk fehlte, erlagen derselben. Junge Finken fielen von den Bäumen, spreizten die Flügel, öffneten die Schnäbel und starben. Am Trottoir längs des Friedhofs vor dem Oranienburger Thor lagen gestern früh junge Grasmücken, lechzend vor Durst, sie ließen sich ruhig aufnehmen und tränken und flatterten gekräftigt davon. Auf dem durch seinen außergewöhnlich zahlreichen Vogelbestand ausgezeichneten alten städtischen Friedhofe an der Gerichtstraße wurde ein prächtiger Schwarzspecht todt aus einem übergitterten Wasserbehälter aufgenommen. Er hatte sich zwecks Erlangung eines kühlen Trunkes durch das Gitter gezwängt, konnte sich nicht wieder herausarbeiten und mußte so umkommen. Das hübsche Thier wurde von den Kindern des Friedhofsinspektors feierlich begraben.

Militärische Uebungen. Man schreibt uns: Als ich vorgestern Abend von Paulsborn auf dem Wege nach dem Bahnhofe Grunewald gegen 6½ Uhr die Chaussee hinter dem Restaurant Hundekehle überschritt, bot sich mir ein Anblick, der eine treffliche Illustration bildet zu dem schönen Satze: O welche Lust Soldat zu sein. Es hatten offenbar Uebungen stattgefunden, von welchem Regiment, konnte ich nicht feststellen, und es lagen zwei Soldaten im Chausseegraben, die „schlapp" geworden waren. Zwei Lieutenants, die zu Pferde in der Nähe der erkrankten Soldaten verblieben waren, erzählten einander, daß weiter oben, also in der Richtung nach Potsdam, noch mindestens sechs bis sieben „Schlappe" lägen. Der Herr Major schien über das Vorgefallene sehr aufgeregt zu sein und auf seinen Befehl wurden die armen Soldaten noch über hundert Meter in den Wald hineingebracht. Nun fragt man sich, war es denn nöthig, die Soldaten, die übrigens völlig kriegsmäßig ausgerüstet waren, bei einer Temperatur wie der gestrigen, bei der im „kühlen" Schatten 32 Grad C. überschritten worden, Anstrengungen und noch dazu in kriegsmäßiger Ausrüstung auszusetzen? Doch hiervon verstehen wir gewöhnliche Zivilisten eben nichts.

Unter der enormen Hitze des gestrigen Tages hatten ganz besonders die Zugthiere zu leiden. Die Pferdebahn wechselte, um sich vor Verlusten zu schützen, ihre Pferde auf größeren Strecken mehrmals. Im ganzen fielen innerhalb des Weichbildes Berlins an Sonnenstich 18 Pferde, von denen vier getödtet werden mußten, während sich die übrigen erholten. Von einer Erleichterung, die den Angestellten gewährt wurde, konnte man nichts verspüren.

Auch einzelne außerordentlich widerstandsfähige Pferde der Feuerwehr brachen bei Ankunft an der Brandstelle in der Brunnenstraße in der Nähe der Usedomstraße zusammen. Ein anderer Zug der Feuerwehr leistete dem Pferde eines Lastwagens, welches in der Brunnenstraße vom Hitzschlage getroffen wurde, Hilfe. Seitens der Stadtbahn-Verwaltung gelangte gestern ein praktisches Mittel zur Anwendung, um die enorme Hitze in den auf der Strecke stehenden, dem Sonnenbrand ausgesetzten Wagen, die bei dem steigenden Verkehr am Nachmittag in Betrieb gezogen werden sollten, herabzumindern. Die Dächer der betreffenden Waggons wurden vor Einrangirung in die Züge längere Zeit mit Wasser übergossen, und die Temperatur in den Innenräumen dadurch bedeutend herabgemindert. Ebenso wurde auf den Stadtbahnhöfen reichlich gesprengt und auch die Wände der Hallen angefeuchtet, um den Aufenthalt auf den Bahnhöfen dem Publikum einigermaßen erträglich zu gestalten. Die gestrige Hitze scheint auch den hier wohnenden Negern zu groß gewesen zu sein. Gestern Nachmittag verursachte in der Joachimsthalerstraße ein schwarzer Landsmann, der in Jägeruniform mit aufgespanntem Sonnenschirm die Straße entlang wandelte, bei den Passanten großes Aufsehen und viel Heiterkeit.

Gegen die Schwammspinner-Plage, auf die schon verschiedentlich hingewiesen wurde, sollte in ganz anderer Weise vorgegangen werden, als es bisher geschah. Gerade in der Umgebung von Berlin ist die Raupe des Schwammspinners (Ocneria dispar) zur Zeit weitaus das gefährlichste Insekt für die Bäume der Gärten und Alleen. Jetzt ist gerade die Flugzeit des Falters, und bei einem abendlichen Spaziergange schwirren die Nachtschmetterlinge jedermann derartig um den Kopf, daß man sich ihrer mit den Händen erwehren muß. Am Tage sieht man die weißen, mit brauner Zeichnung versehenen weiblichen Falter an den Stämmen und Aesten der Bäume oder den Pfählen von Zäunen und noch sonst an allen möglichen Orten sitzen, wo sie ihre glasharten Eier, mit einer Schwammschicht bedeckt, niederlegen. Oft dringen sie auch in die Häuser ein, und Verfasser dieser Zeilen fand eines Tages die Wochenstube eines Schwammspinners in der Hohlkehle seines Tintenfasses auf dem Schreibtische. Die Gemeinden in der Umgebung Berlins lassen sich den Schwammspinner nothgedrungen im Frühjahr etwas kosten, damit die Plage nicht gar zu sehr überhand nimmt; aber obgleich dann alle Eierschwämme, die irgend sichtbar und erreichbar sind, entfernt werden, hat die Plage in den Jahren doch immerfort zugenommen. Die Bekämpfung sollte nicht im Frühjahr, sondern gerade jetzt vorgenommen werden. Jetzt sitzen wie gesagt die Falter an den Bäumen, von deren dunkler Rinde sie sich durch ihre helle Farbe scharf abzeichnen. Ueberall, wo ein Schmetterling sitzt, ist auch ein Eierschwamm begonnen oder fertig. Es ist jetzt also leicht, Schmetterlinge und Eier zugleich zu vernichten. Wenn dies etwa acht Tage hinter einander sorgsam geschieht, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Man kann auch annehmen, daß die jetzt abgefegten und einfach zu Boden fallenden Eier in der Winterkälte, ihres Schwammschutzes beraubt, zu grunde gehen werden, während die im Frühjahr abgefegten Eier gute Aussicht haben, zu überdauern, wenn sie nicht verbrannt werden; letzteres wäre aber wegen der Mühe des Einsammelns gar nicht durchzuführen. Also jetzt unverzüglich gegen den Schwammspinner zu Felde gezogen. —

Vier Mitglieder einer jugendlichen Diebesbande sind von der hiesigen Kriminalpolizei gelegentlich der Verübung eines Einbruchs-Diebstahls in der Müllerstraße festgenommen worden. Die vier Burschen, die im Alter von 17—19 Jahren stehen, gestanden ein, zahlreiche Einbrüche sowohl in Berlin wie in den nördlichen Vororten verübt zu haben. Als Rädelsführer nannten sie ein fünftes Mitglied der Bande, den „schwarzen Karl", der die Raubzüge größtentheils leitete und die Gelegenheit zu den Diebstählen ausbaldowerte. Der schwarze Karl wußte sich bisher den behördlichen Nachstellungen noch zu entziehen.

Um das von dem asphaltirten Damm abfließende Regenwasser aufzunehmen und den Wurzeln der Bäume zuzuführen, sind in der Potsdamerstraße zwischen Potsdamer Platz und Potsdamer Brücke Sickerkanäle längst der Bordschwellen unterhalb des Fahrdammes hergestellt worden. Diese Einrichtung scheint sich bewährt zu haben und ist wohl zu erwarten, daß dieselbe auch in anderen Stadttheilen zur Erhaltung der Bäume in Anwendung gebracht werden wird. Bereits sind aus großen deutschen Städten an den hiesigen Magistrat Ersuchen um nähere Angaben dieser Einrichtung gerichtet worden.

Ueber die Ausgabe von Arbeiter-Fahrkarten ist folgende neue Bestimmung ergangen. Nach den Tarifbestimmungen besteht ein Anspruch auf Verabfolgung von Arbeiter-Rückfahrkarten nur zur Fahrt vom Arbeitsorte nach dem Wohnorte. Mit Rücksicht hierauf und zur Vermeidung der durch Neulösung von Fahrkarten auf Unterwegsstationen entstandenen Unzuträglichkeiten werden Arbeiterkarten vom 1. September d. J. ab nur noch gegen Vorzeigung einer vom Arbeitgeber oder von der Polizeibehörde ausgestellten Bescheinigung verabfolgt, aus welcher der Wohnort und der Arbeitsort ersichtlich sein muß. Arbeiter-Fahrkarten nach und von den zwischen Wohn- und Arbeitsort gelegenen Stationen werden vom 1. September d. J. nicht mehr verabfolgt.

Zweimal verunglückt. Der 50 Jahre alte Droschkenkutscher Karl Jennermann aus der Rüdersdorferstraße 61 wollte am Donnerstag früh um halb sechs Uhr nach der Stralauer Brücke an einem Halteplatz auffahren, als er infolge von Erschöpfung vom Bock fiel und sich eine Wunde am Hinterkopf zuzog. Er wurde zunächst auf der Unfallstation am Grünen Weg verbunden. Gegen 9 Uhr vormittags fand er sich auf dem Bureau der Krankenkasse in der Schützenstraße ein, um sich einen Aufnahmeschein für ein Krankenhaus zu beschaffen. Im Begriff, das Haus zu verlassen, brach er auf dem Flur zusammen und zog sich durch den Fall eine zweite Wunde zu. Ein Arzt ließ ihn nach dem Krankenhaus im Friedrichshain bringen.

Vom Hitzschlag wurde in der verflossenen Nacht um 2 Uhr gerade an der „Kranzler-Ecke" (Friedrichstraße, Unter den Linden) der Arbeiter Rudolph Peter befallen. Der gleiche Fall ereignete sich in der Charlottenstraße zur Zeit der schlimmsten Sonnengluth, gegen 2 Uhr mittags. Hier wurde der Tischlergeselle Kohlert auf der Straße vom Hitzschlage und infolge dessen von Tobsucht befallen, so daß er von mehreren kräftigen Männern kaum gebändigt werden konnte. Um dieselbe Zeit wurde in der bekannten Luxus-Papierfabrik von Hellriegel in der Kochstraße eine Arbeiterin vom Hitzschlage befallen und mußte nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht werden. — Am Mittwoch nachmittags um 4 Uhr brach der 35 jährige Arbeiter Wilhelm Degen aus der Wrangelstraße 17 vor dem Hause Ackerstraße 68 zusammen. Ein Arzt ließ ihn in einem Kopp'schen Rettungswagen nach dem Lazarus-Krankenhause bringen, wo er abends 8¾ Uhr starb. — Am Donnerstag, nachmittags um 3 Uhr, wurde der Kutscher Maximilian Liebau aus der Neuen Königstraße 74 auf dem Anhalter Güterbahnhof bei der Arbeit vom Hitzschlag befallen und nach der Charitee gebracht.

In der Markthalle II (Lindenstraße) verunglückte vorgestern eine Frau beim Reinigen ihres Standes dadurch, daß sie ausglitt und mit dem Hinterkopf auf das Steinpflaster fiel. Da sie regungslos liegen blieb und von den Standnachbaren nicht zur Besinnung zu bringen war, begab sich eine Frau zu dem im Samitätsdienst ausgebildeten Markthallen-Beamten und ersuchte ihn um seine Hilfe. In aller Gemüthsruhe zieht dieser seine Uhr aus der Tasche und entgegnet: „Meine Zeit ist rum", und er wartet ungeduldig auf seine Ablösung. Auf wiederholtes Drängen hält er nun der Frau nochmals die Uhr hin und sagt: „Ja, sie sehen, meine Zeit ist rum", und erst, nachdem er sieht, daß diese so leicht nicht abzuweisen ist, bequemt er sich endlich, seine bezahlte Hilfe der Verunglückten angedeihen zu lassen. Die Darstellung über das Verhalten der Markthallen-Beamten klingt fast unglaublich. Aufklärung ist erforderlich.

Das Kuratorium der Berliner Unfallstationen hat neuerdings Vorsorge getroffen, daß die in seinen 10 Krankentransportwagen vorhandenen Verbandkästen nicht nur den Aerzten der Unfallstationen, sondern auch sämmtlichen anderen Aerzten Berlins, welche die Wagen requiriren, kostenfrei zur Verfügung stehen. Die Bestellung der Wagen hat bei irgend einer der 18 Unfallstationen zu erfolgen. Der sehr umfangreich ausgestattete Kasten enthält größere Mengen von Verbandstoffen, Schienen, Verbandmittel und Medikamente, wie sie zu Zwecken der ersten Hilfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen erforderlich sind.

Straßensperrung. Die Kommandantenstraße zwischen der Oranien- und der Alexandrinenstraße wird behufs Verlegung von Pferdebahngeleisen vom 22. d. M. ab bis auf Weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Die Adalbert-Brücke wird behufs Umbaues des mittleren Klappenpaares vom 22. d. M. bis zum 1. September d. J. für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Unglücksfälle. Mittwoch Mittag ertrank beim Baden im Spandauer Schifffahrtskanal, gegenüber der Buchstraße, der 29 Jahre alte Arbeiter Peter Dörksen, vermuthlich infolge eines Herzschlages. — In der Belle-Alliancestraße lief am Abend die 42jährige Wittwe Amalie Killer, geb. Minchow, gegen einen Wagen der elektrischen Straßenbahn, gerieth unter die Räder und erlitt eine arge Quetschung des linken Knies. — An der Ecke der Straße Alt-Moabit und der Rathenowerstraße wurde der 60 Jahre alte Möbelpolirer Emil Böhm durch einen übermäßig schnell um die Ecke kommenden Geschäftswagen überfahren und an der rechten Hand schwer verletzt. — Auf dem Kemperplatze wurde der Arbeitsbursche R. von einem herrschaftlichen Wagen überfahren und erlitt Hautabschürfungen. — Vor dem Hause Potsdamerstr. 126 stieß nachts gegen 11 Uhr ein elektrischer Wagen auf einen Pferdebahnwagen. Derselbe wurde betriebsunfähig. Wen die Schuld trifft, ist noch nicht festgestellt worden. Ein Fahrgast erlitt eine Quetschung der linken Hüfte, zwei andere erlitten leichte Verletzungen. — Der in der Germaniawerft in Tegel angestellte Kaufmann Schwert ertrank am Mittwoch in der zur Werft gehörigen Badeanstalt. — Das Zwillingsbrüderpaar Fritz und Willy Krahn, in der Oranienburgerstr. 54 bei den Eltern wohnend, unternahm am Mittwoch zu vorgerückter Abendstunde eine Kahnfahrt auf der Spree. Unter der Lutherbrücke stürzte Fritz K. ins Wasser und ging nach wenigen Augenblicken unter, um nicht wieder an die Oberfläche zu kommen. Wodurch das Unglück herbeigeführt, ist noch nicht recht aufgeklärt. — Durch einen Sturz aus dem Fenster hat am Donnerstag Morgen gleich nach 8 Uhr die 24 Jahre alte Schneiderin Antonie Körner den Tod gefunden. — Die 60 Jahre alte Wittwe Rosalie Müller in der Sebastianstr. 41 nahm sich durch einen Sprung aus dem Fenster das Leben. — Gestern Nachmittag um 6 Uhr wurde der 4jährige Knabe Böhnisch, Dresdenerstr. 20, von einem Rollfuhrwerk todtgefahren.

Feuerbericht. Mittwoch Abend 11 geriethen Stettinerstraße 59 Preßkohlen durch Selbstentzündung in Brand. Aus gleichem Anlaß wurde die Wehr Donnerstag früh 2 Uhr nach Gotzkowskystraße 11 gerufen. Gegen 5 Uhr hatte sich in

dem Mehlspeicher von Riedel, Mühlenstraße 44, Mehlstaub entzündet, doch konnte glücklicherweise das entstandene Feuer noch im Entstehen gedämpft werden. Brunnenstraße 73 war in einer mechanischen Wäscherei ein Benzinbrand ausgebrochen, der rasch um sich griff, aber von der schnell eingetroffenen Wehr in kurzer Zeit beseitigt werden konnte, so daß kein erheblicher Schaden entstand. Kurz darauf gingen Neue Königstraße 26 Möbel und Portièren in Flammen auf.

Aus den Nachbarorten.

Treptow. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Gemeinderaths-Wahl erhielt in der 3. Klasse von 132 abgegebenen Stimmen unser Parteigenosse 62 und der Gegner 70 Stimmen. Bei einigem größeren Pflichtgefühl mußte der Sieg unser sein und wurde selbst von den Gegnern unser Erfolg achtend anerkannt, besonders da wir unsere Agitation nur innerhalb der letzten drei Tage entfalten konnten, während die Gegenkandidatur vom Bürger-, Grundbesitzer- und fortschrittlichen Volksverein funktionirt war, die seit langem eifrig für ihren Kandidaten wirkten. Einer nächsten Wahl sehen wir mit mehr Erfahrung und größerem Erfolge entgegen.

Tempelhof kontra Polizeipräsidium. Gegen die angeblich geplante Uebernahme der Polizeiverwaltung in den Vororten durch das Polizeipräsidium und Zusammenlegung verschiedener Vororte zu größeren Polizeirevieren hat die Gemeindevertretung zu Tempelhof folgenden Beschluß einstimmig gefaßt: Die Gemeindevertretung erklärt, daß sie die einheitliche Regelung der Kriminalpolizei in Berlin und Vororten für nützlich erachtet, daß dagegen für eine weitere Umgestaltung der Polizeiverwaltung der Vororte kein Bedürfniß vorliegt. Sie würde besonders den Uebergang der Straßen-, Bau- und Gesundheitspolizei auf eine königliche, mit der Gemeindeverwaltung nicht verbundene Behörde für eine große Erschwerniß erachten und wird deshalb der Gemeindevorstand ersucht, alle zulässigen Schritte zu thun, die bewährten, durch die Kreisordnung geschaffene Einrichtung für Tempelhof aufrecht zu erhalten.

In Lebensgefahr schwebte am Mittwoch Nachmittag das Söhnchen des Wanzlickstr. 4 in Rixdorf wohnhaften Arbeiters F. Das Kind war allein in der Wohnung, spielte mit Streichhölzern und setzte dabei einen Korb mit Wäsche in Flammen. Das Feuer griff schnell um sich, so daß das Kind in ernste Gefahr gerieth. Glücklicherweise wurde der Brand von Hausbewohnern rechtzeitig entdeckt, welche in die Wohnung gingen, den Kleinen in Sicherheit brachten und alsdann das Feuer mit einigen Eimern Wasser löschten, bevor die Feuerwehr eintraf.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde der Arbeiter Albert Mohr in Rixdorf, Wihmannstr. 20 wohnhaft, in Untersuchungshaft genommen. M. wird bezichtigt, sich fortgesetzt gegen seine eigene 17jährige Tochter, und zwar von deren 12. Lebensjahre ab, in schwerer Weise vergangen zu haben.

Die Bäckermeister Rixdorfs beschlossen in einer am Mittwoch Nachmittag stattgefundenen Versammlung, vom 21. August d. J. ab keinerlei Rabatt mehr zu gewähren, sondern aus sämmtlichen Rabatt- und Sparvereinen auszuscheiden. Zuwiderhandelnde sollen eine Konventionalstrafe von 300 M. zu entrichten haben. Ein Bäckermeister, der sich weigerte, eine diesbezügliche Resolution zu unterschreiben, wurde einfach verprügelt und an die Luft gesetzt. Die Affäre wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Zehdenick. In der Akkumulatorenfabrik brach ein Feuer aus, welches trotz angestrengtester Thätigkeit der freiwilligen Feuerwehr das eine der Akkumulatorenfabrikation dienende Gebäude bis auf die Umfassungswände zerstörte.

Soziale Rechtspflege.

Schon wieder ein Massenprozeß wegen Kontraktbruches. In der Fabrik für Ladeneinrichtungen von F. Gehrke kam es zu einem Streik der Klempner, weil man die Entlassung zweier Kollegen als Maßregelung ansah. Die angefangenen Akkordarbeiten blieben unfertig liegen. Herr Gehrke verklagte deshalb 16 von den 22 Betheiligten wegen Kontraktbruches beim Gewerbegericht und forderte von jedem Beklagten als Buße 16,20 M. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht, die Gewerberichter v. Schulz leitete, vertrat gestern P. Litfin die beklagten Arbeiter. Er gab von vornherein zu, daß sechs davon die Arbeit nach dem Gesetz nicht hätten plötzlich niederlegen dürfen, weil sie durch Verträge gebunden waren. Gegen die anderen Klagen wandte er ein, sie hätten die angefangene Akkordarbeit liegen lassen dürfen, da der mit ihnen vereinbarte Kündigungsausschluß mangels einer besonderen Nebenabrede auch den Akkord durchbreche. Bei den betreffenden zehn Arbeitern könne somit nicht von einem Kontraktbruch die Rede sein. Dem gegenüber behauptete der Kläger, die Akkordarbeiten hätten unter allen Umständen fertig gemacht werden müssen. Litfin erklärte namens der Beklagten, gern zu einem Vergleiche bereit zu sein. Ein solcher sei schon angestrebt worden, man habe aber den Vertreter der Ausständigen schroff zurückgewiesen. Herr v. Schulz gab sich nunmehr die größte Mühe, die Parteien zu vergleichen. Anfänglich schien es fruchtlos bleiben zu wollen. Als Hindernisse erwiesen sich die Thatsachen, daß inzwischen mehrere neue Arbeiter bei F. Gehrke zu arbeiten begonnen hatten, die die liegen gebliebene Akkordarbeit fortsetzten, und daß der Arbeitsnachweis der „Vereinigung der Berliner Metallwaaren-Fabrikanten" in der Alexandrinenstraße die entlassenen und die ausständigen Arbeiter der Firma auf die schwarze Liste gesetzt hatte. Die Leute erhielten keine Arbeitsvermittelungs-Scheine. Betreffs der Entlassungen, die dem Streik vorangegangen waren, behaupteten Herr Gehrke und sein Werkmeister, daß sie die fraglichen beiden Klempner nicht hätten maßregeln wollen, während Litfin die entgegengesetzte Annahme der Beklagten zu rechtfertigen suchte. Nach mehrstündiger Verhandlung verglichen sich die Parteien wie folgt:

Herr Gehrke stellt binnen drei Tagen 16 der streikenden Arbeiter ein. Die übrigen werden baldigst ebenfalls wieder eingestellt, und zwar bevor neue Arbeitskräfte angenommen werden.

Die entlassenen Klempner F. und R. werden nicht wieder eingestellt. (Sie hatten freiwillig darauf verzichtet für den Fall, daß sie einen Arbeitsschein erhalten.)

Herr Gehrke verpflichtet sich, beim Arbeitsnachweis bezw. beim Vorstand der „Vereinigung der Berliner Metallwaaren-Fabrikanten" den Antrag zu stellen, daß sowohl den entlassenen Gehilfen F. und R., sowie auch den übrigen augenblicklich noch nicht in Beschäftigung genommenen sechs Mann Arbeitsscheine ertheilt werden. Ferner verpflichtet sich der Kläger ausdrücklich, zunächst die zuletzt angeworbenen Arbeiter zu entlassen, wenn infolge schlechteren Geschäftsganges Entlassungen nothwendig werden. Ebenso geht er ausdrücklich die Verpflichtung ein, die Arbeiter, welche bei ihm gestreikt haben, nicht zu maßregeln.

Die anwesenden Beklagten verpflichten sich und ihre abwesenden Kollegen, den Leuten, die während des Streiks bei F. Gehrke arbeiteten, in keiner Weise zunahezutreten.

Die Akkordarbeiten der Streikenden, die inzwischen haben fertiggestellt werden müssen, sollen abgeschätzt und danach der auf die Streikenden fallende Lohn berechnet werden. Die Arbeiter verpflichten sich, sich dementsprechend mit dem Kläger zu verständigen. Sie erklären sich damit einverstanden, daß im Falle eines Streites über ihren Antheil der Klempnermeister Berger oder, wenn dieser verhindert ist, der Klempnermeister Dietrich (beides Gewerbegerichtsbeisitzer) das Schiedsrichteramt übernimmt.

Dieser Vergleich soll bindend sein, wenn der Vorstand des Fabrikantenvereins bis Montag künftiger Woche beschlossen hat, den noch nicht beschäftigten Arbeitern von F. Gehrke Arbeitsnachweisscheine zu ertheilen.

Die Arbeiter, die bis Montag wieder eingestellt sind, erhalten vorläufig (bis sie wieder Akkord übernehmen) einen Stundenlohn von 45 bezw. 50 Pf. — Die Parteien sind sich darüber einig, daß, wenn der Vorstand des Fabrikantenvereins den Arbeitsnachweis für die Betheiligten nicht bis zum künftigen Montag freigiebt, der Vergleich als nicht geschlossen gelten soll. In diesem Falle sind die Arbeiter berechtigt, die Arbeit sofort wieder niederzulegen, sie erhalten dann aber den Lohn, den sie bis Montag verdient haben. Der Kläger Gehrke erklärt, seine Klagen gegen sämmtliche Beklagte zurückzunehmen und auf seine Forderungen zu verzichten, wenn der Vergleich endgiltig zustande kommt.

Gerichts-Zeitung.

Zwei kaum von dem Schulbesuch befreite junge Mädchen, die 14jährigen Elise Weichbrodt und Anna Sauerwald standen gestern unter der Anklage des gemeinschaftlichen Betruges, die Erstgenannte auch wegen Falschmeldung, vor der 140. Abtheilung des Schöffengerichts. Die Angeklagten sind Kinder anständiger Eltern. Der häusliche Zwang behagte ihnen nicht, sie wollten ein freies ungebundenes Leben führen, entfernten sich deshalb heimlich aus dem elterlichen Hause und vermehrten dadurch eine Zeit lang die Zahl der „Vermißten". Elise W. miethete eine Stube in der Kochstraße unter fremdem Namen und gab ihre Begleiterin als ihre Schwester aus. Von nun ab trieben sie sich fleißig in den Straßen umher und brachten eine eigenthümliche Methode zur Anwendung, um Herrenbekanntschaften anzuknüpfen. Sie wandten sich zunächst an den Herrn mit der Frage, wie spät es sei. Hatten sie Auskunft erhalten, so thaten sie sehr bestürzt, sie hätten sich verspätet, einen weiten Weg bis zu ihrer Wohnung und kein Geld, um die Pferdebahn benutzen zu können. Ob der Herr sie wohl mit einer Kleinigkeit unterstützen wolle? Zumeist war dies der Fall und wenn dann an die jungen Mädchen die Aufforderung gerichtet wurde, erst noch ein Glas Bier zu trinken, so waren sie gern dazu bereit. Die Wirthin der Angeklagten warf sie hinaus, als sie gewahr wurden, daß sie einen lüderlichen Lebenswandel führten. Einer der Herren, welcher in der geschilderten Weise von den jungen Mädchen angesprochen worden war, nahm Veranlassung, vor ihnen in der Zeitung zu warnen. Vor Gericht betheuerten die Angeklagten, die von ihren Eltern wieder aufgenommen sind, daß sie sich befleißigen würden, das Geschehene vergessen zu machen. Das Gericht ließ deshalb Milde walten und verurtheilte die Angeklagte W. zu zwei Tagen Gefängniß und einen Tag Haft, die Angeklagte S. zu zwei Tagen Gefängniß.

Straßenfeger und Mediziner. Wegen einer eigenartigen Kurpfuscherei und wegen Betruges hatte sich heute der Straßenfeger Wilhelm Ziege aus Steglitz vor der ersten Ferien-Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Als derselbe eines Abends eifrig beflissen war, die Straßen-Toilette von Steglitz zu ordnen, begegnete ihm ein junges Mädchen, mit dem er ein Gespräch anknüpfte. Im Laufe der Unterhaltung erzählte sie ihm, daß sie einen Bräutigam habe, aber nicht wisse, ob sie derselbe heirathen werde, weshalb sie aus naheliegenden Gründen sehr besorgt sei. Ziege erwiderte: „Da sei'n Se man ganz unbesorgt, ick bin „Mediziner", det wer'n wir schonst kriegen!" Er bestellte das Mädchen in seine Wohnung, gab ihm eine braune Mixtur ganz indifferenter Art und nahm ihr dafür ein schönes Stück Geld ab. Das wiederholte sich noch oft, als das Mädchen aber genug Geld geopfert hatte, ohne daß der erwartete Erfolg eintrat und der Bräutigam schließlich das Mädchen doch heirathete, da erzählte sie ihm das und dieser junge Ehemann erstattete Anzeige. Der „Mediziner" und Straßenfeger wurde angeklagt, aber die junge Frau theilte sein Schicksal, weil sie den Versuch gemacht hatte, keimendes Leben zu zerstören. Sie wurde mit zwei Monaten Gefängniß bestraft, Ziege aber mit zwei Jahren Gefängniß.

Wegen unerlaubten Kollektirens wurden am Mittwoch vom Spandauer Schöffengericht die Genossen Höft und Scholz zu je 20 M. Geldstrafe event. je 4 Tage Haft verurtheilt; die mitangeklagt gewesenen 3 Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Arbeitervereins wurden freigesprochen. Gelegentlich der diesjährigen Maifeier hatten die beiden Verurtheilten, welche zum Festkomitee gehörten, da die Mai-Abzeichen ausverkauft waren, Maimarken, welche die Aufschrift enthielten: „Freiwilliger Beitrag 20 Pfennige", als Ausweis für das gezahlte Entree abgegeben; hierin erblickte das Gericht eine „unerlaubte Kollekte", da zu der Feier jeder, der nur das verlangte Entree von 20 Pf. zahlte, Zutritt gehabt hätte.

Die Affäre Inspektor Bruns - Graf Rantzau vor dem Ober-Landesgericht. Wie wir früher bereits berichteten, hatte der Inspektor der „Börsen-Halle" und Leiter des Reuter'schen Telegraphen-Bureau's, Wilhelm Bruns in Hamburg, nachdem die „Hamburger Nachrichten" zu dem Vorfalle zwischen dem Inspektor Bruns und dem Grafen Rantzau am Vormittag des 2. Januar ds. Js. einige Tage später einen Artikel veröffentlicht hatten, der Unrichtigkeiten enthielt, den „Hamburger Nachrichten" eine Berichtigung übersandt, die aber keine Aufnahme fand. Inspektor Bruns machte dann der Staatsanwaltschaft Anzeige, die gegen den Chefredakteur der „Hamb. Nachr.", Herrn Dr. jur. E. Hartmeyer, beim Schöffengericht in Hamburg Anklage erhob wegen Uebertretung des Preßgesetzes. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, da es annahm, daß die übersandte Berichtigung sich nicht lediglich auf Thatsachen beschränke. Die gegen das schöffengerichtliche Urtheil seitens der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung hatte ebenfalls keinen Erfolg, denn die Strafkammer IV des Landgerichts erkannte gleichfalls auf Freisprechung des Chefredakteurs Dr. Hartmeyer. Gegen das Urtheil des Landgerichts hatte nun die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, die gestern vor dem hanseatischen Ober-Landesgericht zur Verhandlung gelangte. Oberstaatsanwalt Keßler führte aus, daß ein Unterschied zwischen „inneren" und „äußeren" Thatsachen bei Aufnahme einer Berichtigung ebenso wenig wie im übrigen Strafrecht gemacht werden könne. Bruns habe mit bezug auf die Behauptung der „Hamb. Nachrichten": „Bruns habe die Reise nach Friedrichsruh lediglich aus dem gewerbsmäßigen Bedürfniß der Beschaffung geldwerthiger Neuigkeiten unternommen", gerade so gut die Aufnahme einer Berichtigung verlangen können, als wenn in dem Artikel behauptet worden wäre, B. habe sich eines Vergehens gegen den Grafen Rantzau schuldig gemacht. Der Oberstaatsanwalt beantragte die Aufhebung des landgerichtlichen Urtheils und Zurückweisung der Sache an die Vorinstanz. Der Anwalt des Dr. Hartmeyer, Dr. Kämmerer, widersprach den Ausführungen des Oberstaatsanwalts und beantragte Verwerfung der Revision. Das Oberlandesgericht erkannte dem Antrage des Oberstaatsanwalts gemäß und verwies unter Aufhebung des landgerichtlichen Urtheils die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurück. In den Entscheidungsgründen wird hervorgehoben, daß die Behauptung: „Bruns habe die Reise nach Friedrichsruh nicht aus Theilnahme für den Fürsten Bismarck, sondern zur Beschaffung geldwerthiger Neuigkeiten unternommen, allerdings als die Behauptung einer Thatsache anzusehen sei. Es könne auch kein Unterschied zwischen inneren und äußeren Thatsachen im Strafrecht gemacht werden. —

Für die Schulpflicht ist eine Entscheidung des Kammergerichts von Bedeutung. Ein Mann namens Koslowsky war mit einer Geldstrafe belegt worden, weil seine Tochter mehrere Tage vor dem Abschluß des Sommersemesters ohne Entschuldigung aus der Schule fortgeblieben war. Er beantragte richterliche Entscheidung und berief sich auf den Wortlaut der für die Provinz Westpreußen geltenden Schulordnung, wonach der Schulzwang für die Elementarschüler mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahr endet. Seine Tochter sei, als sie aus der Schule fortblieb, bereits 14 Jahre alt gewesen, er könne darum wegen jener Versäumnisse nicht bestraft werden. Das Schöffengericht sprach ihn denn auch frei. Das Landgericht verurtheilte ihn jedoch auf die Berufung der Staatsanwaltschaft und führte aus: Die Schulpflicht ende nicht von selbst mit dem Ablauf des vierzehnten Lebensjahres, sondern es bedürfe dazu einer besonderen Entlassungsmaßregel. Die Aufsichtsbehörde habe das Recht, den Entlassungstermin für die vierzehn Jahre alten Kinder jedesmal besonders festzusetzen. Für den Wohnbezirk des Angeklagten habe nun der zuständige Kreis-Schulinspektor angeordnet gehabt, daß die Vierzehnjährigen am 25. September des vorigen Jahres aus der Schule zu entlassen seien. Bis zu diesem Tage einschließlich hätte also auch der Angeklagte sein Kind in die Schule schicken müssen. K. legte hiergegen die Revision ein und wiederholte, was er früher ausgeführt hatte. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht trat ihm entgegen und erklärte eine ausdrückliche Entlassung aus der Schule für unter allen Umständen nothwendig. Das Kammergericht indessen schloß sich dem Angeklagten an und sprach ihn unter der Begründung frei, daß die Provinzial-Schulordnung für Westpreußen ihrem Wortlaute nach auszulegen und anzuwenden sei. Danach ende der Schulzwang für die Besucher in der Elementarschule der Provinz thatsächlich mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahr, und zwar derart, daß die Schüler und Schülerinnen vom fraglichen Geburtstage ab einfach der Schule fernbleiben dürften.

Versammlungen.

Ueber Kometen, Sternschnuppenfall und Weltuntergangs-Prophezeihungen sprach am Mittwoch der Direktor der Treptower Sternwarte, Herr Archenholdt, vor einer Versammlung des vierten Wahlkreises in Sanssouci. In seinem klaren Vortrag, den er durch zahlreiche prächtige Lichtbilder ergänzte, führte er aus, daß wir auf die Weltuntergangs-Prophezeihungen für das nächste Jahr durchaus nichts geben brauchen. Wohl werde am 13. November 1899 ein Komet auf die Erde stoßen. Da aber die letzten Forschungen bestimmt ergeben haben, daß die Kometen nur Trümmer von Weltkörpern sind, wird uns der 13. November 1899 wohl einen außerordentlich schönen und starken Sternschnuppenfall bescheeren; aber die Erde wird noch einige Millionen Jahre um die Sonne kreisen, ehe sie bei dem Zusammenstoß unseres Sonnensystems mit einem der sich ihm nähernden Sonnensysteme zerschellt werden wird. — Der außerordentlich fein durchgearbeitete, lehrreiche Vortrag wurde mit großem Interesse aufgenommen.

Bäcker. Am Dienstag, den 9. August, hielt der Verband der Bäcker seine Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Kassenbericht gegeben war, folgte eine lebhafte Debatte über die Lügen, die von den Meistern über den Hamburger Streik verbreitet werden. Ganz besonders wurden die Aeußerungen des Obermeisters Gemeinhardt kritisirt. Vor einem Jahre posaunte er in die Welt, in Berlin fehle es an Bäckergesellen, und heute erklärt er einen Streik in Berlin für aussichtslos, da 2000 arbeitslose Gesellen in Berlin seien. Wo kommen in einem Jahr nun 2000 Arbeitslose her? Der Vorstand wurde dann von der Versammlung ermächtigt, das Verhalten des Fachvereins bei der Krankenkassenwahl gebührend zu kennzeichnen.

Eine öffentliche Versammlung der in den Luxuspapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Dienstag bei Hensel, Invalidenstraße, in der Frau Greifenberg über: „Die traurige Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und wie kann dieselbe gebessert werden?" referirte. Der eingehende Vortrag wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen. In der Diskussion, in der unter anderem auf die außerordentlich niedrigen Löhne, sowie auf die sanitären Mißstände bei der Firma Hagelberg hingewiesen wurde, appellirte auch der Vertrauensmann für den Anschluß an die Organisation. Er forderte die Versammelten zur regen Betheiligung an den freiwilligen Sammlungen zum Widerstandsfonds auf. Zum Schluß wurden einige Adressen bekannt gegeben, wo die Arbeiterinnen Auskunft über Fragen bezüglich der Arbeiterschutz-Gesetzgebung erhalten können und Beschwerden über Mißstände in den Fabriken entgegengenommen werden, um sie eventuell der Fabrikinspektion zu unterbreiten.

In der Filiale Osten des Verbandes der Möbelpolirer trat der Kollege Schulz in längeren Ausführungen warm für eine Arbeitslosen-Statistik ein; er begründete die Einführung derselben mit einem reichhaltigen Zahlenmaterial. In der Diskussion war nur Kollege Reuter entgegengesetzter Meinung. Unter Verschiedenes unterzog Kollege Schulz die Verhältnisse der Peter'schen Werkstatt einer herben Kritik. Der Redner ermahnte dann, den Zuzug nach England, wo die Kollegen im Streik liegen, fernzuhalten. Nachdem noch auf das am 8. Oktober stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Vergolder hörten in ihrer Mitgliederversammlung vom 15. d. M. vom Genossen Lankow einen Vortrag über „die Entwicklung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts" mit Beifall an. Unter Verschiedenem wurden interne Sachen erledigt.

Die Werkstatt-Kontrollkommission der Modell- und Fabriktischler schreibt uns: Zu den Berichtigungen der Firma C. G. W. Kapler in Nr. 186 und des Tischlermeisters Herrn Hempel in Nr. 190 des „Vorwärts" hält unterzeichnete Kommission den Versammlungsbericht in Nr. 185 d. Ztg. in allen seinen Punkten vollständig aufrecht. Alle Winkelzüge der Unternehmer nützen nichts, ihre Handlungsweise ins richtige Licht zu stellen.

Spandau. Am Dienstag hielt der hiesige sozialdemokratische Arbeiterverein seine ordentliche Monatsversammlung ab. Genosse Schröer referirte über das Thema: „Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen?" Hieran schloß sich eine recht lebhafte Diskussion, welche in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden soll. Die Genossen Laukant und Grieben wurden in eine Kommission delegirt, welche sich die Errichtung einer allgemeinen Volksbibliothek am Orte zum Ziel gesetzt hat.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. „Dietzgen", Schröder, Wiesenstraße 39. — „Karl Marx", Naumann, Blücherstr. 42. — „Stralau", Girbig, Stralau Nr. 17. — „Reimer", Seidel, Gertrudstr. 19.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 50, v. 2 Tr. **Freitag.** Uebungsstunde abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — „Kaiser'scher Männerchor", Wernau, Schwedterstr. 23/24. — „Nord", Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. — „Unverzagt I", Lübbke, Melchiorstr. 15. — „Buchbinder Männerchor", Schöning, Köpnickerstr. 68. — „Vereinte Sangesbrüder Moabits", Pfarr, Puttlitzstr. 10. — „Moigöschen", Sachs, Lindowerstr. 26. — „Gemüthlichkeit" (Puyer), Krüger, Seydelstr. 30. — „Morgenroth II", Charlottenburg, Krause, Bismarckstr. 74. — „Typographia", Cohn, Beuthstraße 20. — „Georgina", Schwalbe, Lausitzer Platz 8. — „Vorwärts III", Friedrichsfelde, Bube, Friedrichsfelder Prinzen-Allee 30. — „Rheingold", Feind, Weinstr. 11. — „Rosenthaler Vorstadt", Swinemünderstr. 26. — „Iris", Streit, Naunynstr. 86. — „Männer-Gesangverein", Brandenburg a. H., Mengert, Bergstr. 6. — „Liberté", Vogel, Wrangelstr. 78. — „Freie Liedertafel", Mann, Strausbergerstr. 3. — „Nordwacht", Milbrodt, Müllerstr. 7. — „Sängerkreis", Weißensee, Schulz, Elsasserstr. 61. — „Eintracht III", Eberswalde, Hagewald, Eisenbahnstr. 66. — „Völkerfrühling" (Studateure), Gretzer, Oranienstr. 100. — „Neue Zeit", Schmidt, Naunynstr. 28. — „Liederkranz", Brandenburg a. H., Bergstr. 6. — „Freiheitsglocken", Buchholz, Wörtherstr. 39. — „Klingmüller'scher Männerchor", Weißensee, König-Chaussee 38. — „Treber'scher Gesangv.", Schulz, Zorndorferstr. 8. — „Karthaus-Kummer'scher Männerchor", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Freie Sänger II", Spandauer Brücke 13. — „Einheit", Rixdorf, Badenschneider, Hermannstr. 197. — „Treptow" in Treptow, Scheer, Baumschulenweg. — „Metallarbeiter-Osten", Kapert, Markusstr. 14. — „Jugendlust" (gemischter Chor), Scholz, Große Frankfurterstr. 74. — „Treue", Louisenstädtische Vereinshallen, Waldemarstraße 13. — „Arion III", Rixdorf, Nitsche, Hermann- und Herfurthstraßen-Ecke. — „Sangesblüthen", Zimmermann, Marstallstr. 8.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof. **Freitag:** „Germania", Kubayk, Arndtstr. 25.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Allslebenv. „Felsenfest", Böttcher, Krautstr. 6. — Tanzlehrerv. „Solidarität", Stabemack, Inselstr. 10. — Musikv. „Tusch", Nedelin, Langestr. 108. — Rauchkl. „Ohne Zwang", Spät, Weinstr. 28. — Turnv. „Gesundbrunnen", abends von 8½ bis 10½ Uhr: 1. Männerabth., Pankstr. 9—10. — Turnv. „Osten", Blumenstraße 62a, 8½—10 Uhr (Lehrlingsabth.); Krautstr. 49, von 8—9½ Uhr (Damenabth.). — Zitherkl. „Frohsinn", Zimmermann, Grüner Weg 29. — Musikv. „Allegretto", Blücherstr. 38. — Stammkl. „Gemüthlichkeit", Restaurant Patzenhofer, Lausitzer Platz 10.

Arbeiter-Turnerbund. Freitag. Turnv. „Fichte", Berlin. Abtd. von 8—10 Uhr: 2. Männerabth. Skalitzerstr. 55—56. 4. Männerabth.: Stephanstr. 3. 5. Männerabth. Ackerstr. 67. 6. Männerabth. Stallschreiberstraße 54. 1. Lehrlingsabth. Friedenstr. 37. 3. Lehrlingsabth. Boeckhstr. 21. 1. Damenabth. Mariannen-Ufer 1a. — „Freie Turnerschaft", Rixdorf-Britz.

8. Schülerabth. von 6½–8½ Uhr. 3. Männer- und Lehrlingsabth. von 8½–10½ Uhr abds., Hoffmann, Bergstr. 151/152. – Turnerschaft d. B. „Nereus“, Männerabth. von 8–10 Uhr abds., Reichenbergerstr. 131/132.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen sind zu richten an E. Bratke, Schulstr. 24. **Freitag:** Schwimmklub „Neptun“. Uebungsstunde abends 7½ Uhr im Seebad Weißensee.

Arbeiterverein „Vorwärts“, Kopenhagen. Jeden Freitag im Verkehrslokal, Korsgade 49: Versammlung. Daselbst befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute, abends 8½ Uhr, Admiralstr. 18a, Restaurant Märkischer Hof: Vortrag des prakt. Naturheilkundigen Grundmann über: „Gehirn- und Nervenkrankheiten“, demonstrirt an farbigen Lichtbildern.

„Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbniß-Verein für Frauen und Mädchen“, gegr. 1892. Jeden Freitag, abends 7 Uhr: Zahlabend bei Mehrwald, Alte Jakobstr. 54/55.

Berliner Arbeitervertreter-Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Buske, Grenadierstr. 33, abends 8½ Uhr. Unentgeltlicher Rath wird ertheilt:

Im Norden Berlins: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abends von 7–9 Uhr: A. Daehne, Demminerstr. 36, v. 3 Tr. R. Guthelt, Wiesenstr. 29a, von 8–9 Uhr abends. F. Pieschel, Gartenstr. 55, v. 2 Tr. E. Simanowski, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Stuhlmann, Oderbergerstr. 37, 4 Tr., von 6–9 Uhr abends. R. Tamm, Hussitenstr. 6, von 8–9 Uhr abends. A. Voigt, Wiesenstraße 41/42. E. Wernst, Kolbergerstr. 7, von 6–7 Uhr abends. P. Reimann, Bellermannstr. 83. J. Krause, Gartenstr. 13, 2. Eing. part. – Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Strelitzerstr. 58. F. Trapp, Schulstr. 59, von 7 bis 8 Uhr abends. W. Mohs, Swinemünderstr. 64, vorn linker Aufgang.

Im Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: E. Bader, Gr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr. – Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Schütz, Holzmarktstr. 60 I.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalthoff, Michaelkirchstr. 18. – Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Kühne, Pfuelstr. 1.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stügelmaier, Grimmstr. 39. – Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: P. Keller, Rixdorf, Pannierstr. 58, Hof part. C. Guse, Camphausenstr. 4.

Im Süd-Westen: Nur für Unfallversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44.

Im Nord-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: M. Stephan, Cuxhafenerstr. 2. – Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: R. Rehbein, Rostockerstr. 43.

Im Nord-Osten: Nur für Unfallversicherung: E. Löffler, Wadzeckstr. 15, vorn part. (abends 8 Uhr). G. Günther, Greifswalderstraße 8, II links.

Im Zentrum: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung A. Sattler, Kl. Hamburgerstr. 2.

Bei sämmtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7–9 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

M., Koburg. Wichtigeren Stoffes halber dankend abgelehnt. – **S. W.** Der Antrag auf Rückerstattung der Hälfte der Klebemarken muß innerhalb dreier Monate nach Eheschluß bei der Versicherungsanstalt gestellt werden. – **G. D. 22.** Leider können wir Ihren Wunsch nicht erfüllen. – **R. K.** Es ist sowohl mündlicher wie schriftlicher Antrag zulässig. – **E. K., Friedrichsberg.** 1. Die Klage hätte Erfolg. Die Frau soll den Wahrheitsbeweis antreten. 2. Ja. 3. Der Denunziant hat in Strafsachen im allgemeinen keine Kosten zu tragen. – **Wilhelmstraße.** Nein. – **M. M. 77.** Ein Paß ist nicht nothwendig, aber zweckmäßig. Geld ist erforderlich. – **G. S. 68.** 1. Nein. 2. Der Zeuge muß die Wahrheit sagen und darf daher auf die Frage, ob er bestraft ist, nicht mit Nein antworten, wenn er zu Geldstrafe verurtheilt ist. – **Bertha 100.** Sie würden wegen unbefugter Brieföffnung bestraft werden können. – **A. 7.** Sie könnten klagen; die Klage ist beim Amtsgericht II, Hallesches Ufer 29/31, anzustellen. – **F. K. 34.** Ihre Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. – **B. G.** Für das Aufgebot zur Ehe ist der Standesbeamte zuständig, in dessen Bezirk einer der Verlobten seinen Wohnsitz hat oder sich gewöhnlich aufhält. Wollen Sie in Mecklenburg vor dem Standesbeamten erklären, daß Sie die Ehe mit Ihrer Braut eingehen wollen, wiewohl weder Sie noch Ihre Braut in Mecklenburg wohnen, so kann dies nur stattfinden, wenn der an sich zuständige (hiesige) Standesbeamte die schriftliche Ermächtigung giebt, daß der Standesbeamte des Landes mit dem zollfreien Ochsenkopf Ihnen die Eheerklärung abnimmt. Wenden Sie sich also unter Darlegung der Gründe für Ihren Wunsch an den hiesigen Standesbeamten. – **1000.** 1. Nein. 2. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht. Uebrigens muß auf Ihr Verlangen die Schwägerin Ihnen Ihr Kind sofort herausgeben. 3. Nein. – **L. L.** Briefliche Antwort ertheilen wir nicht. – **A. W., Rixdorf.** Beim Amtsgericht sind die Eheleute zu verklagen. – **R. E. 17.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet. – **A. P. 129.** Die zuständige Behörde ist die Polizeibehörde. – **P. Kumpert.** Ihre Vereinsrechts-Fragen sind wiederholt ausführlich besprochen. Der Vorstandsmitglied ist, braucht nicht, Ein- und Austritt der Mitglieder muß nach § 2 des Vereinsgesetzes angemeldet werden. – **B. F. 1.** 1. Nein, nur ⅔. 2. Sie können mit Erfolg klagen. 3. Beim Gewerbegericht. – **M. L. Sch. 100.** Erst innerhalb 2 Jahren nach dem Tode des Mannes erlangt Ihre Mutter hier ihren Unterstützungswohnsitz. Voraussetzung ist ferner, daß sie innerhalb dieser 2 Jahre keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat. – **A. R. 10.** 1. Beim Amtsgericht I. 2. Nein. – **E. R. 13.** Das Wahlrecht für den Reichstag ist nicht abhängig von einer Steuerpflicht; es kann mithin auch das Reichstags-Wahlrecht nicht durch Nichtzahlung der Steuern verloren gehen. Reichstagswahlberechtigt ist jeder Deutsche männlichen Geschlechts, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. Das Wahlrecht ruht für die Personen des Soldatenstandes des Heeres und der Marine solange, als diese Personen sich bei der Truppe befinden. Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind: 1. Bevormundete, 2. Konkursmacher während der Dauer des Konkursverfahrens, 3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl voraufgegangenen Jahre bezogen haben, sowie Personen, denen durch gerichtliches Urtheil die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind. – **Gustav.** Standesamtszeugen dürfen mit den Verlobten verwandt sein; in der Regel sind Brüder oder Schwestern Standesamtszeugen. – **E. H., Linköping.** 1 und 2. Nein. 3. Ja. Nach keinem Recht kann ein Mädchen zur Beantwortung eines Heirathsantrages oder Rücksendung des schriftlichen gezwungen werden. Im übrigen: wozu haben Sie denn Ihren Mund? Steht der nicht in näherer Beziehung zu Ihrem Herzen als Ihre Hand? – **K. H. Z.** Nein.

Witterungsübersicht vom 18. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C.=4°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C.=4°R.
Swinemde.	765	N	3	wolkig	17	Haparanda	769	Still	–	wolkenl	10
Hamburg	767	NNO	3	bedeckt	15	Petersburg	761	ONO	2	bedeckt	14
Berlin	764	NW	3	bedeckt	19	Cork	764	OSO	3	Regen	17
Wiesbaden	765	NW	1	wolkenl	23	Aberdeen	770	S	2	hlb. bed.	14
München	766	W	2	wolkenl	21	Paris	–	–	–	–	–
Wien	764	Still	–	wolkenl	16						

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. August 1898.
Vorwiegend heiter bei schwachen östlichen Winden und wenig veränderter Temperatur; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 19. August.

Neues Opern-Theater (Kroll). Carmen. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Gebildete Menschen. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Im Pavillon. Vorher: Im Negligé. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Blinde. Hierauf: Das Nachtlager in Granada. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Der Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Deborah. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Herr und Frau Doktor. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Der Todtschläger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Direktion: Rich. Anger.
Der anhaltenden Hitze wegen findet die Eröffnung erst
Donnerstag, den 25. August,
statt.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Deborah.
Volks-Schauspiel in 5 Akten von H. Mosenthal.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugs-Billets haben Giltigkeit.
Sonnabend: **Kean.** – Sonntag: **Der Hüttenbesitzer.**
Ostend-Theater-Konzert-Garten. Max Grabow. Deta Waldau. Geschw. Petram, Theater Fantoche. The four Cromwells. The two Terras. Rudo Kröhl etc. Theatervorstellung. Konzert. Anfang 5½ Uhr.
Garten-Passepartouts haben Giltigkeit.
Sonnabend: **Sommernachtsfest.**

Central-Theater
Direktion: J. Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theehaus-Geschichte.
Operette in 3 Aufzügen v. Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassen-Eröffnung 6½, Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Adalgisa.
Adalgisa
Schreckenberger: **Adolf Hoffmann.**
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmst. Theater.
Chausseestr. 25/26.
Täglich
Gastspiel der Liliputaner.
Sonntag, den 21. August,
zum letzten Male
nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr:
Zwei Tage Millionär.
Montag, den 22. August, bleibt das Theater wegen Vorbereitung zu dem neuen großartigen Ausstattungsstück **geschlossen.** – Dienstag, den 23. und Mittwoch, den 24. August, nur zweimalige Aufführung des Ausstattungsstückes **„Bib und Bob“.**
Donnerstag: **Die beiden Weisen.** Schauspiel in 4 Akten von G. Scheerenberg.

Actien-
Brauerei Friedrichshain
früher Lips. **Am Königsthor.**

Jeden Freitag:
Militär-Frei-Konzert
der Kapelle des 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform.
Anfang 7 Uhr.
Jeden Freitag:
Gr. Fisch-Essen, à Port. 50 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Küstriner Platz.
Direktion: **H. Imbs.**
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
Meine neuerbauten **Festsäle** stehen Vereinen zur Verfügung.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5–10 Uhr.

Puhlmann's
Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Berliner auf Kuba.
Burleske in 2 Bildern v. Victor-Roeder.
Vollständig neues Spezial-Programm.
Anf. d. Konz. 4½, d. Vorst. 5½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich (Anfang präz. 8 Uhr):
Stettiner Sänger
(Meusel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Heute zum Schluß:
Ein Quartett-Abend.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's
INDIEN
Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Brauerei-Ausschank
der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Riesensaale: **Grosser Ball.**
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen.
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
5361L* **Karl Mittag,** Oekonom.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. **Schweizer Garten.** Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im grossen Saale:
Damentanz und Ball.
Jeden Abend: Die Frauen-Garde. Gr. Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz.
Den Vereinen empfehlen wir für die **Wintersaison** unsere renovirten, 300 bis 800 Personen fassenden Säle zu ihren Privatfestlichkeiten.

Der Erweiterungsbau
der Firma

Max Busse
Uhren- u. Goldwaaren-Handlung
175 Brunnen-Straße 175
ist beendet und stehen die vergrößerten Räume des **Parterres** und der **ersten Etage** dem verehrten Publikum zum
Einkaufe von Schmucksachen
in massiv Gold, Gold-Doublé und Silber, mit Perlen, Türkisen, Opalen und anderen Edelsteinen, passend zu
Konfirmations-Geschenken
goldenen und silbernen Uhren, Regulateuren, Tafelgeräthen in Silber, Alfénide und Nickel und vielen neuen Artikeln zu
5780L*
Hochzeits- und Pathengeschenken
zur Verfügung.
Goldene Ringe. Goldene Uhren.
Max Busse, 175 Brunnen-Straße 175.

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 5656L*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Max Kliem's Sommer-Theater,
Hasenhaide 14/15. – Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen dressirten Hunden und Affen. **Mlle. Ernst,** Athletin. **Miss Ophelia's** dressirte Kakadus. **Pepi** und **Pepino.** **The Picardi's.** Neu! **Das Gänsegretel,** Volksstück in 2 Bildern von Eichner. – Neu! **Wenn Frauen weinen,** Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Max Kliem.

Sonntag, 21. August: Dampfer-Extrafahrten
Abfahrt 7 Uhr morgens von der Stralauerbrücke 5.
Nach Teupitz. Fahrpreis Hin- und Rückfahrt nur 2 M.
Nach Fürstenwalde. Durch Wernsdorfer Schleuse und Ober-Spree-Kanal.
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1 M. 50 Pf.
5782L* **L. Kahnt,** Stralau.

Reichshallen-Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Allabendlich die tollste Burleske
Berlin auf Stelzen!
und 20 erstklassige Spezialitäten, u. a.:
The 9 Torpedoes!
Trapnell-Family!
Mlle. Giordani. Francis Willon! Clara Antoni! Ferdin. Carlo! und **neue Debuts!**
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorher von 7 Uhr ab:
Garten-Konzert.
Bei ungünstiger Witterung im grossen Theatersaal.
Familien-Vorzugskarten täglich giltig.

Vereinszimmer frei, geräumig, mit Piano. Simeonstr. 23, **Flick.**

Vereinszimmer
mit Piano, bis 80 Personen fassend, empfiehlt **Wilhelm Georgi,** Frankfurter Allee 70. 5702L*

Einfache **Zimmereinrichtung** zu verk. Fasanenstr. 56, part. 4825

Apollo-Theater.
Heute Freitag, den 19. August 1898:
Zum **100.** und **letzten** Male:
Don Juan in der Hölle.
Morgen Sonnabend, den 20. August:
Auftreten
der beliebten Komiker
Bender-Steidl-Blum
in ihren **Solovorträgen,** ferner **Ada Milani, Lina Goltz, Fancsy Tornay** etc. etc.

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
Schloss Trauenstein.
Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Abtheil. von Hugo Schulz. Musik von A. Kersten. **Berg-Trio,** türkisch-gymnastisches Potpourri. **The 3 Forleys,** chinesische Excentricks. **Gebr. Mllardo,** Grotesque-Duettisten. **Elly Viola,** Kostümsoubr. **Mr. Ranella,** Kautschuckmensch. **Max Theo,** Handequilibrist. **Jan and Jim,** Knockabouts. **Morleys, Fata Morgana. Ballet. Konzert und Ball.**
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Künstliche Zähne, Plombiren ꝛc.
Theilzahlung. 1535
C. Gedicke, Strelitzerstr. 52.

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Fahrt auf dem Golf von Neapel.
Fahrt durch Konstantinopel.
Neu!
Alpenglühen.

Castan's Panopticum.
Neu!! Major Graf Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Stadt und Land.
Posse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von F. Kaiser.
Vorher:
Ein Fuchs im Taubenschlag.
Schwank in 1 Akt von Höppner.
Auftreten von Spezialitäten.
Im Saal: **Grosser Ball.**

Restaurant „Karlsgarten“,
Hasenhaide – Karlsgartenstraße.
Sonntag: **Erstes großes Kameruner Erntefest,** verbunden mit Gratisverlosung. 4805*
Hauptgewinn: Wegen Aufgabe des Geschäfts, **ein lebender Esel mit Sattel und Zaumzeug im Werthe von 100 M.**
Konzert. Umzug mit sämmtlichen Ponny- und Eselgespannen.
Hierzu ladet ein **R. Seyer.**

Arbeitsanzüge **W. Pahr** Brunnenstr. 112.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 5729L*

Achtung! Achtung!

Tapezirer und Tapezirer-Näherinnen

Berlins und Umgegend.

Am Freitag, den 19. August 1898, abends 8 Uhr, im Lokal Englischer Garten, Alexanderstr. 27c:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtigen Streiks bei der Firma Fork, Kretschmar u. Komp., Höchstestr. 4, und Buykeul, Alexanderstr. 23, Bericht und Verlauf derselben. 2. Diskussion. 3. Agitation. 180/3

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen unbedingt nothwendig.

Der Einberufer: Karl Kielmeier, Gransеerstr. 9.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 20. August, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zur Urania-Vorstellung am 11. September. (198/20) **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Friedrichsberg und Rummelsburg.

Dienstag, den 23. August, abends 8 Uhr, bei Herrn Pante, Frankfurter Allee 174:

Agitations-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 106/14

Kollegen, agitirt für regen Besuch der Versammlung.

Heute, Freitag, abends 8¼ Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20–22:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 21. August, vormittags 10 Uhr:

Zwei Versammlungen

des 199/15

Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

1. Perlebergerstr. 13, „Viktoria-Saal", Moabit.

T.-O.: 1. Die Berliner Maurerbewegung seit 1890 unter besonderer Berücksichtigung der Kongreßbeschlüsse der lokalorganisirten Gewerkschaften Deutschlands. Referent **Fritz Kater.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

2. Frankfurter Allee 53, „Germania-Brauerei".

T.-O.: 1. Der sozialpolitische Werth der gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Unterstützung. Referent **Karl Blaurock.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Bau-Anschläger

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 21. August, vormittags 10½ Uhr, bei Herrn Buske, Grenadierstr. 33:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Bericht des Vergnügungskomitees. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

Die Mitglieder werden auf § 9 aufmerksam gemacht.

33/20 **Der Vorstand.**

Fachverein der Holz- und Bretterträger

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 21. August 1898, vormittags 10½ Uhr, im Lokal des Herrn Ewald, Schönleinstraße 6:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des gesammten Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. 84/10

Mitgliedsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden vor der Versammlung aufgenommen.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Verein deutsch. Schuhmacher (Schäftebranche).

Filiale V.

Sonnabend, den 20. August, abends 9 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.:

Versammlung.

Abrechnung vom 2. Quartal. Vereinsangelegenheiten. 170/18

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Sonntag, den 21. August 1898, vormittags 10 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 20–21:

Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Herrn **Dr. Bruno Wille** über: „Kampf ums Dasein in der Gedankenwelt". 3. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch bittet 257/18

Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 21. August, vorm. 10 Uhr, im Lokale Bismarckshöhe (kleiner Saal), Wilmersdorferstr. 39:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Beiträge werden nur von 9–10 Uhr an den Versammlungstagen entgegen genommen; ferner wird ersucht, die Statistikbücher mitzubringen und abzugeben. 32/17

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.

Sonnabend, 20. August, abends 8½ Uhr, in den „Oranienhallen", Oranienstraße 51:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Dr. Ratkowski** über: „Darwinismus und Sozialismus." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, 21. August, in Grünau bei Lindenhahn

Großes Sommerfest

des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter und des Zentralverbandes der Konditorgehilfen.

Anfang des **Konzerts** nachmittags 4 Uhr.

Treffpunkt: **Bahnhof Grünau.** Mittags 12 Uhr: **Abmarsch mit Musik.**

Einlaßkarten à 15 Pf. sind bei Lindenhahn zu haben.

Den geehrten Damen ist die **Kaffeeküche** von 2 Uhr an geöffnet.

142/11 **Der Vorstand.**

Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 21. August 1898, vormittags 10 Uhr, 261/3

im Saale der „Arminhallen", Kommandanten-Straße 20:

Außerordentliche Versammlung

der Zahlstellen des Zentral-Verbandes der Zimmerer Deutschlands

Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Friedrichsberg, Weißensee und Pankow.

Tagesordnung: 1. **Bericht über die gegenwärtige Situation in unserem Beruf.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen; auch diejenigen Kameraden, die der Organisation noch nicht angehören, werden hiermit eingeladen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Der Vorstand.**

Brauerei Friedrichshain

Vor dem Königsthor. **(früher Lips.)** **Vor dem Königsthor.**

Montag, den 22. August 1898:

Nachfeier!

Grosses Sängerfest

veranstaltet vom

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Massen-Gesang
unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn **Rich. Blobel.**

Instrumental-Konzert
von 2 Musikkapellen.
Direktion: Herren **Grass** und **Volgt.**

Der Gesang wird von sämmtlichen in Berlin domizilirenden Vereinen ausgeführt.

Kassen-Eröffnung: Nachmittags 4 Uhr.
Beginn des Konzerts: Nachmittags 5 Uhr.
Entrée 30 Pf.

Im Saale:
Grosser Tanz
Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Ein Vorverkauf von Billeten findet nicht statt.

Bauanschläger Berlins!

Sonntag, 21. August, nachm. 1½ Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Gewerbegerichts-Beisitzers. 2. Wahl des Gewerkschaftsdelegirten. 33/19

Der Einberufer.

Rau's Park-Restaurant Johannisthal.

Am Sonnabend, 20. August:

Sommernachts-Ball

wozu ich Freunde und Bekannte hiermit freundlichst einlade.

Von 4 Uhr nachmittags ab: **Gr. Garten-Konzert.** Entree 20 Pf.

Gratisverloosung von 40 werthvollen Gegenständen.

Die Loosnummer befindet sich am Billet, bitte daher letzteres aufzubewahren. **Wwe. Elise Rau.**

Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen ꝛc.

liefere ich: 5754Q*

40/2 Fl. Export-Weißbier f. M. 3,— ohne Wasserzusatz.

50 Fl. Echt Grätzer Exportbier für M. 5,—,

40 Flaschen helles Lagerbier für M. 3,—, (von welcher Brauerei gewünscht wird).

Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.

Eis umsonst.

A. Seidler,

Berliner Export-Weißbier-Brauerei.

Schöneberg-Berlin, W., Sedanstrasse No. 82.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

Erfurt–Ilversgehofen

Renommirtes **Fabrikat.** — **Beste Zuthaten.**

EINIGKEIT MACHT STARK · DEUTSCHE SCHUHFABRIK ERFURT · GESETZL. GESCH.

Wir empfehlen:

Herren-Zugstiefel, gewalkt, Spezialität . . . **7** M.
„ „ „ **ohne Naht, Spiegel 8,50** M.
„ „ **Besatz u. Knopfverzierung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50** bis **15** M.
„ **Agraffenstiefel, Besatz, 6,50, 7,50, 8,50** bis **18** M.
„ **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis **6,50** M.
Schaftstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis **14** M.
„ **Knopf- u. Schnürstiefel,** elegant, mit Besatz u. Kappe, von **5,50** M. an.
„ **Schnürschuhe** . . von **3,50** M. an.
„ **Hausschuhe** . . . . von **3,00** M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst **solid** gearbeitet,

zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von **2,50** M. an.

Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen,** sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervortheilung ausgeschlossen. [4656Q*

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliancestraße 102.
„ W., Schillstraße 12.
Stettin, Reifschlägerstraße 14.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
„ Margarethenstr. 5
Bremen, Faulenstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.
„ Zeil 67.
München, Sendlingerstraße 10.
„ Dachauerstraße 83.
„ Landsbergerstraße 7.
„ Humboldtstr. 22.
„ Amalienstr. 28.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Unser Mitglied 166/1

Johann Gzrzeszkiewitz

ist am 16. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. August, morgens 8½ Uhr, von der Charitee aus nach dem Charitee-Kirchhof in der Müllerstraße statt.

Die Ortsverwaltung.

Allen Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tischler

Julius Grasenack

im 68. Lebensjahre am 17. d. M. am Herzschlag verstorben ist. 484b

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Vereinszimmer, 470b*

dreifenstrig, nach dem Garten gelegen, für Montag, Dienstag und Freitag empf. **Scholz,** Naunynstr. 6.

Niemand sollte **versäumen,**

bei Bedarf **Brunnenstr. 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) von **Ignatz Sello** zu beziehen: **alten Nordhäuser** per Liter **50** Pf., hochf. **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (¾ Ltr.) à **80** Pf., **Halb und Halb,** feinst. Likörmischg., pr. ¾ Champagner-Flasche inkl. **90** Pf., **Himbeer- u. Kirschsaft,** rein und dick eingekocht, per Liter **1.10** M., **süssen Ungarwein,** Orig.-Fl. (½ Liter) von 90 Pf. an, sowie sämmtl. **Weine, Cognac, Rum** und **Liköre** im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **No. 110, Brunnenstr. No. 110** zu achten. 5147B*

Institut für Zahnleidende.

Herm. Heród, Elsasserstr. 92 I. (Rosenthaler Thor).

Ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.

Künstliche Zähne unt. Garantie d. Brauchbarkeit.

Neu! **Schmerzloses** Zahnziehen und Plombiren!

Gebisse **ohne** Gaumenplatte, D. R.-Patent No. 93 522.

Außer mir darf Niemand in Berlin u. Umgeg. diese patentirten Gebisse anfertigen! Institutspreise! Beliebige Theilzahl.! Sprechst. 9–12, 3–5.

Telephon III. 3014.

Möbeltischlerei und Lager complet. **Wohnungs-Einrichtungen** in jeder Preislage zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt **Julius Apelt,** Tischlermstr.

Skaltzerstrasse 6 (am Kottbuser Thor).

Guckel's Zahnateliers

Lausitzer Platz 2, Steglitzerstrasse 7l.

Bestrenommirt und wohlbekannt.

Zähne v. 3 M.,

Plomben v. 2 M. an.

Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)

Ausschneiden!

Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Patzger,** Steglitzerstr. 65.

Fahrräder,

verpfändet gewesene, allererste Marken, **Tourenräder, Halbrenner, Damenräder,** neueste Modelle, unter Garantie, verkauft spottbillig P67/10

Concess. Leihhaus,

Neue Schönhauserstr. 11. I.

Benge vor der Noth!

Allgemeine Volks-Krankenkasse

E. H. 126.

Staatlich genehmigt für ganz Deutschl.

Hauptkassenlokal:

Berlin N., Müllerstr. 174 I.

Telephon-Amt II. 2436.

Bureaustunden 8–4 Uhr.

Kleine Beiträge! — Hohes Krankengeld!

Auch für Sonn- und Festtage wird Krankengeld gezahlt. **Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.**

Agenten

für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 5372Q*

Fahrräder.

Stets großes Lager **erstklass. Fabrikate** auf 5076Q*

Theilzahlung

ohne Preiserhöhung zu den konlantesten Zahlungsbedingungen.

Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.

Adomeit & Landau,

Lothringerstraße 48 I,

dicht am Rosenthaler Thor.

Sophastoffe

auch **Reste** in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** [4971Q*

Proben franko!

Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Tischlerei, kleine, gef. f. Nebenarb., pat. Maßenart. Off. F. 631 **Gerstmann's** Ann.-Bür., Friedrichstr. 125.

Friedrichsfelderstr. 39 sind fl. Wohnungen zu verm. 2665

Arbeitsmarkt.

Versilberer und Farbigmacher auf Leisten verl. **Schultz,** Rixdorf, Berlinerstr. 89. 483b

---

Farbigmacher

verlangt Mathieustr. 14. 4875

Mädchen oder Frau für leichte Hausarbeit verlangt für den ganzen Tag **Krause,** Blumengeschäft, 485b Wienerstr. 13.

Thale a. H.

Fünf tüchtige **Tischler** auf Bauarbeit, aber nur solche, finden dauernde Beschäftigung (Maschinenbetrieb) bei **C. Köhler,** Baugeschäft, 486b **Thale a. Harz.**

Kartonfabrik

sucht **1 Papierzuschneider** und **1 Pappenzuschneider,** nur perfekte Arbeiter, bei hohem Lohn u. dauernder Stellung. Off. unter J. 5. Exp. d. Bl.

Metalldrucker.

Ein tüchtiger Metalldrucker für blanke Messingarbeit, der Lust hat, nach Kopenhagen zu reisen, kann einen festen, gut bezahlten Platz erhalten. Offerten innerhalb 8 Tagen erbeten an **Brøndberg & Tandrup,** St. Kongensgade 27, Kopenhagen K.

---

12 Kurbelstepper und Steppe-rinnen sofort auf Konfekt.-Stickerei verl. **David Riese,** Jägerstr. 25. [4945

Plätterinnen auf geschweifte Umlegekragen u. Manschetten, in und außer dem Hause, verlangt **Max Treppe,** Schönhauser Allee 167a, Fabrikgeb. [5773Q*

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.